

Zeitschrift für angewandte Chemie.

1902. Heft 38.

Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Düsseldorf am 21. bis 24. Mai 1902.

Der Vorstand trat am 20. Mai, Abends 7 Uhr, zu einer Sitzung im Parkhôtel zu Düsseldorf zusammen, um Stellung zu nehmen zu den Gegenständen der Tagesordnung für die geschäftlichen Verhandlungen am 21. und 22. Mai.

I. Sitzung des Gesamtvorstandes am Mittwoch, den 21. Mai in der städtischen Tonhalle, Vormittags 10 Uhr.

Anwesend von Seiten des Vorstandes:

Director Dr. C. Duisberg, stellvertretender Vorsitzender.

Geheimer Regierungsrath }
Prof. Dr. M. Delbrück, } Beisitzer.
Director Dr. H. Krey,

Als Abgeordnete der Bezirksvereine:

Prof. Dr. J. Bredt für den Bezirksverein Aachen.

Director Dr. A. Zanner und Dr. G. Foth für den Bezirksverein Belgien.

Dr. Franz Peters für den Bezirksverein Berlin.

Prof. Dr. Martin Freund für den Bezirksverein Frankfurt.

Dr. Adolf Langfurth und Gustav Zebel für den Bezirksverein Hamburg.

Director F. J. Weineck für den Bezirksverein Hannover.

Dr. August Lange und Regierungsrath Dr. Lehne für den Märkischen Bezirksverein.

Prof. Dr. M. Busch für den Bezirksverein Mittelfranken.

Prof. Dr. Felix B. Ahrens für den Bezirksverein Mittel-Niederschlesien.

Director Dr. Franz Meyer für den Bezirksverein New York.

Hofrath Dr. H. Caro und Director Dr. W. Rohn für den Bezirksverein Oberrhein.

Director F. Russig für den Bezirksverein Oberschlesien.

Dr. H. Wimmer für den Bezirksverein Pommern.

Dr. M. Ulrich und Th. Kyll für den Bezirksverein Rheinland.

Dr. Karl Goldschmidt für den Bezirksverein Rheinland-Westfalen.

Ferdinand M. Meyer für den Bezirksverein an der Saar.

Dr. Ernst Erdmann für den Bezirksverein Sachsen-Anhalt.

Prof. Dr. F. H. Haenlein für den Bezirksverein Sachsen-Thüringen.

Dr. L. Dorn für den Bezirksverein Württemberg.

An den Verhandlungen nahmen weiter Theil: Der Geschäftsführer Director Fritz Lüty und der Redacteur der Vereinszeitschrift Dr. L. Wenghöffer.

Der Vorsitzende Medicinalrath Dr. E. A. Merck war in Folge einer geschäftlichen Reise nach Nordamerika verhindert, die Verhandlungen zu leiten, und Herr Prof. Dr. Ferdinand Fischer war auf der Reise an einer Halsentzündung erkrankt.

Der stellvertretende Vorsitzende Director Dr. C. Duisberg eröffnet die Sitzung um 10 $\frac{1}{4}$ Uhr, heisst die anwesenden Mitglieder des Vorstandsrathes im Namen des Vorstandes herzlich willkommen und begrüßt insbesondere die Vertreter des neugegründeten Märkischen Bezirksvereins in Berlin, die Herren Dr. August Lange und Regierungsrath Dr. Lehne. Die Vertreter der älteren Bezirksvereine begrüßen den neuen Verein durch Erheben von den Sitzen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Einladung an die Vertreter der Bezirksvereine und die Stellvertreter derselben richtig und rechtzeitig unter Beifügung der Tagesordnung erfolgt ist.

Die Feststellung der Stimmenzahl ergibt, dass von den anwesenden Abgeordneten der Bezirksvereine stimmberechtigt sind:

mit 5 Stimmen Herr Dr. Franz Peters (Berlin),

mit je 3 Stimmen Herr Dr. M. Ulrich (Rheinland) und Herr Dr. E. Erdmann (Sachsen-Anhalt),

mit je 2 Stimmen Herr Prof. Dr. Martin Freund (Frankfurt), Herr Director F. J. Weineck (Hannover), Herr Hofrath Dr. H. Caro (Oberrhein), Herr Director F. Russig (Oberschlesien), Herr Dr. Karl Goldschmidt (Rheinland-Westfalen), Herr Prof. Dr. Haenlein (Sachsen-Thüringen).

Die übrigen stimmberechtigten Mitglieder, die Herren: Prof. Dr. J. Bredt (Aachen), Dr. A. Zanner (Belgien), Gustav Zebel (Hamburg), Dr. A. Lange (Märkischer Bezirksverein), Prof. Dr. M. Busch (Mittelfranken), Prof. Dr. Ahrens (Mittel-Niederschlesien), Director Dr. Franz Meyer (New York), Dr. H. Wimmer (Pommern), Ferdinand M. Meyer (Saar) und Dr. L. Dorn (Württemberg) geben bei Abstimmungen und Wahlen je eine Stimme ab.

Es wird nunmehr in die Tagesordnung eingetreten.

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.

Der Geschäftsbericht ist den Mitgliedern des Vorstandsrathes gedruckt zugesandt worden; es wird daher auf die Verlesung desselben verzichtet. Der Geschäftsbericht hat den folgenden Wortlaut:

Geschäftsbericht
des Vorstandes des Vereins deutscher Chemiker
für das Vereinsjahr 1901.

Die Entwicklung des Vereins deutscher Chemiker ist im Jahre 1901 befriedigend gewesen.

Die Gesammtzahl der Mitglieder betrug	
am 1. Januar 1900	2406
Neu gemeldet wurden vom 1. Januar	
bis 31. December 1901	341
zusammen 2747	

Ausgeschieden sind:

a) Gestorben	17
b) Ausgetreten	143
	160

Daher Mitgliederbestand am 31. Dec. 1901 2587

gegen 2406 am 31. December 1900, 2096 am 31. December 1899, 1781 am 31. December 1898, 1393 am 31. December 1897. Seit dem 1. Januar sind an neuen Mitgliedern bis zum 1. April angemeldet und aufgenommen 134, während 4 gestorben und 59 ausgeschieden sind. Der Verein zählt daher am 1. April d. J. 2658 Mitglieder.

Die Zahl der Bezirksvereine hat sich seit der Hauptversammlung in Dresden um den Märkischen Bezirksverein mit dem Sitz in Berlin vermehrt, so dass der Verein sich nunmehr in 19 Bezirksvereine gliedert.

Am 25. November 1901 traten im Restaurant „Zum Franziskaner“ in Berlin ca. 35 Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker zusammen und beschlossen die Neubegründung des Märkischen Bezirksvereins. Der Märkische Bezirksverein hat sich seit jenem Tage in hervorragender Weise

entwickelt, indem demselben zur Zeit ca. 100 Mitglieder angehören. Wir begrüssen den neuen Verein und hoffen, dass er dazu beitragen wird, in der Reichshauptstadt und der Provinz Brandenburg gemeinsam mit dem Berliner Bezirksverein die Interessen des Hauptvereins zu fördern.

Von den Mitgliedern des Vereins gehören 2320 den Bezirksvereinen an, oder 87,28 Proc. der gesammten Mitgliederzahl gegen 88,08 Proc. im Jahre 1900, 88,4 Proc. in 1899 und 87,5 Proc. in 1898. Die Zahl der Mitglieder der Bezirksvereine ist also in den beiden letzten Jahren um ein Geringes zurückgegangen. Die Vertheilung der Mitgliederzahl auf die einzelnen Bezirksvereine ist die folgende:

	1902	1901	1900	1899
Aachen	39	40	42	45
Belgien	66	62	57	45
Berlin	409	466	450	466
Frankfurt	141	141	135	120
Hamburg	87	71	76	70
Hannover	120	109	110	107
Märkischer	95	—	—	—
Mittelfranken	58	43	42	—
Mittel-Niederschles.	68	73	69	—
New York	98	75	34	—
Oberschlesien	127	136	136	142
Oberrhein	167	149	133	104
Pommern	43	43	38	—
Rheinland	210	207	180	160
Rheinl.-Westfalen	135	119	114	90
Saar	22	22	20	22
Sachsen-Anhalt	217	206	199	191
Sachsen-Thüringen	155	149	135	104
Württemberg	63	68	70	65

Die Bezirksvereine: Aachen (7), Frankfurt (20), Hannover (42), Mittelfranken (1), Mittel-Niederschlesien (24), Oberschlesien (21), Rheinland (33), Rheinland-Westfalen (7), Württemberg (26) besitzen außerordentliche Mitglieder gegen 178 im vorigen Jahre.

Die Jahresberichte der Bezirksvereine geben ein überaus erfreuliches Bild des regen Vereinslebens.

Der Bezirksverein Aachen hielt im Jahre 1901 drei Versammlungen ab, in welchen neben Vorträgen Besprechungen allgemein interessierender Thematik stattfanden.

Der Bezirksverein Belgien hat auch im verflossenen Vereinsjahre seinen Mitgliederbestand erhöht. Es haben 11 ordentliche Versammlungen stattgefunden, davon 6 in Brüssel und 5 in Antwerpen. Im Allgemeinen konnte der Besuch der Versammlungen ein guter genannt werden. Die wissenschaftliche Thätigkeit war im vergangenen Jahre nicht gross, da nur ein Vortrag gehalten wurde. Einige Referate, besonders aber die zahlreichen Eingänge im Fragekasten haben zu regem Gedankenaustausch Anlass gegeben. Der gemütliche Theil der Versammlungen hat jedenfalls dazu beigetragen, unter den Anwesenden freundschaftliche, collegiale Beziehungen anzubauen.

Der Bezirksverein Berlin hielt im verflossenen Jahre 11 ordentliche Sitzungen ab, in welchen 11 Vorträge über die mannigfachsten Gegenstände aus Theorie und Praxis den Mit-

gliedern vorgeführt wurden. Ausserdem fanden 9 Besichtigungen industrieller Anlagen statt, welche sich reger Theilnahme erfreuten. Die Hülfskasse des Vereins, welche im Laufe des Jahres mehrfach in Anspruch genommen wurde, zeigte eine erfreuliche Entwickelung.

Der Bezirksverein Frankfurt kann berichten, dass das abgelaufene Jahr hinsichtlich der in demselben entwickelten Vereinstätigkeit hinter seinen Vorgängern in keiner Weise zurücksteht. Es wurden einschliesslich der Generalversammlung 8 Monatsversammlungen und 3 Vorstandssitzungen abgehalten. Die Sitzungen waren zwar durchweg besser besucht wie in früheren Jahren, es lässt jedoch, sofern man die grosse Mitgliederzahl des Bezirksvereins in Betracht zieht, der Besuch noch mancherlei zu wünschen übrig. In den Versammlungen wurden 9 Vorträge gehalten, während 3 industrielle Etablissements besichtigt wurden. Der Bezirksverein unterhielt einen regen Verkehr mit anderen Frankfurter Vereinen, namentlich mit der Chemischen Gesellschaft und dem Technischen Verein.

Der Bezirksverein Hamburg veranstaltete im vergangenen Jahre 5 geschäftliche Sitzungen, welche in der Hauptsache der Erledigung der laufenden Vereinsangelegenheiten dienten. In den in üblicher Weise gemeinschaftlich mit dem Chemikerverein in Hamburg veranstalteten 8 wissenschaftlichen Sitzungen wurden 12 Vorträge gehalten. Die Versammlungen waren durchweg sehr gut besucht. Rege beteiligte sich der Verein an der in Hamburg tagenden 73. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte, für deren Vorbereitung in der Section für angewandte Chemie der Vorstand nach Kräften bemüht war. Der Bezirksverein hatte die Genugthuung, den gemeinsam mit dem Chemikerverein in Hamburg seit Jahren bearbeiteten „Sammelkatalog der in Hamburger öffentlichen Bibliotheken vorhandenen Litteratur aus der Chemie und aus verwandten Wissenschaften“ zur Tagung der 73. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte fertig zu stellen und den Fachgenossen zu widmen. Für die Herstellung dieses Katalogs wurden die Verzeichnisse 11 Hamburger Bibliotheken, zumeist durch unbezahlte Thätigkeit von Vereinsmitgliedern, ausgezogen. Der so im Laufe des Jahres entstandene Zettelkatalog wurde dann von einer Commission, welche auch die Drucklegung besorgte, bis zum Jahre 1900 ergänzt und einheitlich geordnet. Er umfasst 2700 Nummern aus dem Gebiete der Chemie (mit besonderer Berücksichtigung der technischen Chemie, der Mineralogie, der Photographie, der Hygiene und der Waarenkunde). Von der Aufnahme rein physikalischer Werke wurde abgesehen, da der inzwischen erschienene Katalog der mathematischen Gesellschaft das dahin gehörige Material ausführlich zusammenstellt.

Der Bezirksverein Hannover hat auch im abgelaufenen Jahre die Zahl seiner Mitglieder nennenswerth vermehrt. Die Institution der ausserordentlichen Mitglieder hat sich gut bewahrt, sie bietet namentlich jüngeren Fachgenossen, die sich nur vorübergehend im Vereinsgebiete auf-

halten, eine gern benutzte Gelegenheit, an allen Versammlungen und Veranstaltungen des Bezirksvereins theilzunehmen. Der Vorstand trat im Berichtsjahre zu 6 Versammlungen zusammen; die Monatsversammlungen fanden regelmässig statt. 12 Vorträge erweckten das Interesse der Mitglieder, während zwei technische Besichtigungen von neuen Kaliwerken Gelegenheit gaben, die verschiedenen neueren Abteufungsverfahren in schwierigem Gebirge kennen zu lernen.

Wie in früheren Jahren legte der Verein auch im Berichtsjahre grossen Werth darauf, die Beziehungen seiner Mitglieder und deren Angehörigen durch festliche Veranstaltungen zu fördern.

Der Bezirksverein Mittelfranken hat sein Augenmerk darauf gerichtet, die im Königreich Bayern wohnenden Mitglieder des Hauptvereins seiner Organisation anzugliedern. Diese Bemühungen sind in erfreulicher Weise von Erfolg gekrönt gewesen und geben hoffentlich noch Gelegenheit zu weiteren Erfolgen. Der Verein hat eine Commission zur Vorberathung technisch-wissenschaftlicher Fragen gebildet, welche den Zweck hat, bei allgemein wichtigen Fragen, welche die chemische Technik und die Hygiene in Bayern betreffen, Gutachten zu erstatten. Der Vorstand ist zu diesem Zwecke mit den zuständigen Behörden Bayerns in Verbindung getreten. Der Verein hielt im Laufe des Jahres 6 Wanderversammlungen ab, bei welchen 5 Vorträge gehalten wurden, während ausserdem zwei Besichtigungen stattfanden.

Der Bezirksverein für Mittel- und Niederschlesien hat sich im zweiten Jahre seines Bestehens in erfreulicher Weise weiter entwickelt, auch hat sich die Einrichtung der ausserordentlichen Mitgliedschaft durchaus bewährt. Der Bezirksverein hielt im abgelaufenen Vereinsjahr 9 ordentliche Versammlungen ab, auf welchen 8 Vorträge den Mitgliedern Anregung gaben, auch fand ein technischer Ausflug statt. Verschiedene gesellige Veranstaltungen machten die Mitglieder näher mit einander bekannt.

Der Bezirksverein New York hat im zweiten Jahre seines Bestehens die Zahl seiner Mitglieder wesentlich vermehrt und in 10 wissenschaftlichen Sitzungen, meist zusammen mit der New York Section der Society of Chemical Industry, 29 Vorträge und Mittheilungen entgegengenommen. Ausserdem fand unter reger Beteiligung ein technischer Ausflug und eine gesellige Veranstaltung statt, auch hat es der Vergnügungsausschuss verstanden, für die Unterhaltung der Mitglieder nach Schluss des wissenschaftlichen Theiles Sorge zu tragen.

Der Bezirksverein Oberrhein veranstaltete im abgelaufenen Jahre 3 grössere Versammlungen in Mannheim, bei welcher Gelegenheit 3 Vorträge die Mitglieder erfreuten, während zwei technische Ausflüge stattfanden. Das Vereinsleben wurde ausserdem in zwei Ortsgruppen gepflegt. Die Ortsgruppe Darmstadt hielt in der Regel allmonatlich Versammlungen mit Vorträgen ab. Die Ortsgruppe Mannheim veranstaltete seit dem September regelmässige wöchentliche Zusammenkünfte. Für den Beginn des Jahres 1902 ist seitens der Ortsgruppe Mannheim wieder ein

Vortrags-Cyclus geplant, in welchem Herr Prof. Brügel-Heidelberg an drei Abenden sprechen wird über: „Contactchemische Vorgänge“ und Herr Prof. Knövenagel-Heidelberg gleichfalls in 3 Vorträgen über: „Neuere Ergebnisse der organischen Chemie.“ Die Beteiligung an den Veranstaltungen des Bezirksvereins war im Allgemeinen zufriedenstellend, doch hofft der Vorstand, dass das nächste Vereinsjahr nicht nur eine regere Beteiligung der bisherigen Mitglieder, sondern auch einen erheblichen Zuwachs an neuen Vereinsgenossen bringen wird.

Der Bezirksverein Oberschlesien berichtet, dass der Verlauf des verflossenen Vereinsjahres den im vorigen Jahre gehaltenen Hoffnungen entsprochen hat.

Das Interesse, das den Bestrebungen des Vereins von Seiten der Mitglieder wie auch der staatlichen Behörden, der städtischen Körperschaften und der grossen industriellen Unternehmungen entgegengebracht worden ist, blieb in stetem Wachsen. In steter Fortarbeit an den früheren Aufgaben wurden im verflossenen Jahre der weiteren Entwicklung der Abwasserfrage und der Frage betreffend Rauchverhütung besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Im verflossenen Jahre fanden 5 Vereinsveranstaltungen statt, welche sich eines sehr regen Zuspruches erfreuten. 2 grössere Vorträge und eine Besichtigung boten den Mitgliedern reiche Anregung.

Der Bezirksverein Pommern hielt im abgelaufenen Vereinsjahre 2 ordentliche und 10 gesellige Versammlungen ab und veranstaltete 2 technische Ausflüge. Gelegentlich der Versammlungen fanden 2 Vorträge statt.

Im Bezirksverein Rheinland hat sich während des abgelaufenen Geschäftsjahrs ein reges Vereinsleben und ein steigendes Interesse für dasselbe gezeigt. Der ständig steigenden Zahl der Mitglieder entsprach auch die Theilnahme an den Wanderversammlungen, die stets sehr gut besucht waren. Im Ganzen wurden 5 Versammlungen abgehalten, bei welchen 7 Besichtigungen und 6 Vorträge stattfanden. Der Verein legte die Grundlage zu einer Hülfskasse für bedürftige Mitglieder.

Der Bezirksverein Rheinland-Westfalen beschloss im Winter des abgelaufenen Vereinsjahrs 6 zusammenhängende Vorträge aus dem Gebiete der physikalisch-chemischen Theorien in Abständen von 3—4 Wochen durch Dr. Breull-Essen halten zu lassen. Versammlungen fanden im Jahre 1901 7 statt, davon eine gemeinsam mit dem Rheinischen Bezirksverein. Auf diesen Versammlungen wurden außer den oben erwähnten Vorträgen noch 4 andere Vorträge gehalten, auch fanden zwei Besichtigungen statt. Die Mitglieder des Vereins wurden im abgelaufenen Vereinsjahr in hohem Maasse durch die Vorbereitungen für die Hauptversammlung in Anspruch genommen.

Der Bezirksverein an der Saar hielt im verflossenen Jahre 4 Sitzungen ab, zu deren Vorbereitung 6 Vorstandssitzungen erforderlich waren. Außerdem fand ein geselliger Ausflug mit Damen statt. In den Sitzungen wurden 3 Vorträge gehalten.

Der Bezirksverein Sachsen-Anhalt hielt auch im verflossenen Jahre die üblichen Monatsversammlungen in Halle ab, während außerdem noch drei grössere Wanderversammlungen stattfanden, welche mit 3 Besichtigungen und 4 Vorträgen verbunden waren. Der Besuch der Versammlungen war im Allgemeinen ein günstiger.

Der Bezirksverein Sachsen-Thüringen stand im letzten Geschäftsjahr unter dem Zeichen der grossartig gelungenen Hauptversammlung in Dresden, welche für viele Jahre eine angenehme Erinnerung für die Theilnehmer bilden wird. In überraschender Weise hat der Verein es verstanden, den Gästen alles das, was Dresden und Umgebung an Interessantem und Schöinem bietet, soviel als möglich zugänglich zu machen. Das Kgl. Haus von Sachsen bewies sein grosses Interesse an der Chemie und den Chemikern dadurch, dass Se. Kgl. Hoheit Prinz Georg und Se. Kgl. Hoheit Prinz Friedrich August die Festsetzung mit Höchst Ihrer Gegenwart beehrten. Für die Ortsgruppe Dresden wurden regelmässige monatliche Zusammenkünfte eingeführt, welche sich bis jetzt eines guten Besuches erfreuen, besonders seitdem referirende Vorträge gehalten werden. In Folge der Vorbereitungen zur Hauptversammlung fand im Berichtsjahre nur noch eine Wanderversammlung statt, bei welcher zwei Besichtigungen und ein Vortrag den Mitgliedern Belehrung boten.

Der Bezirksverein Württemberg blickt wieder auf eine rege wissenschaftliche Thätigkeit und eine im Allgemeinen gedeihliche Entwicklung zurück. Der Verein bezeichnet es in seinem Jahresberichte als ein bedauerliches Zeichen, dass die Neigung vorhanden ist, dem Vereine nur als ausserordentliches Mitglied anzugehören. Obgleich der Vorstand bemüht war, einem Zurückgehen der Zahl der ordentlichen Mitglieder Einhalt zu bieten, liess sich eine befriedigende Lösung nicht erzielen. Im Ganzen wurden 8 wissenschaftliche Sitzungen abgehalten, welche durchgängig gut besucht waren. In diesen Sitzungen selbst wurden 23 Vorträge und Mittheilungen den Mitgliedern geboten. Außerdem fand ein geselliger Ausflug mit Damen statt. —

Die Finanzlage der sämtlichen Bezirksvereine ist sehr gut und sie verwenden durchgängig einen Theil ihrer Einnahmen zur Gewinnung guter Vorträge für die Versammlungen.

Die Einrichtung der ausserordentlichen Mitgliedschaft wird von allen Bezirksvereinen mit Ausnahme von Württemberg anerkennend beurtheilt. Der Missstand, welcher bei Württemberg beklagt wird, dürfte sich mit der Zeit beheben lassen.

Der Verein hat im verflossenen Jahre auch schwere Verluste durch den Tod einer Anzahl von Mitgliedern erlitten. Im Jahre 1901 sind folgende 17 Mitglieder gestorben:

Friedrich Sperling, Fabrikdirector, Puschkowa,

Dr. Karl Höpfner, Fabrikdirector, Hamilton, Canada,

Wilhelm Hilgers, Fabrikant, Köln a. Rhein,

Edmund Weissleder, Oberbergrath, Stassfurt-Leopoldshall,

Dr. Walter von Ohlendorf, Fabrikbesitzer, Hamburg,

Dr. Paul Mohr, Fabrikchemiker, Rübeland,

Dr. Wenglein, Betriebschemiker, Schafftach,

Karl Moldenhauer, Fabrikdirector, Frankfurt a. Main,

Professor L. Aubry, Vorsteher der Versuchsstation für Bierbrauerei, München,

P. Blumrath, Ingenieur, Joice,

Dr. L. Erdmenger, Fabrikdirector, Hannover,

Fiege, Director der Fulverfabrik, Pniowitz,

Prof. Dr. Maercker, Geheimer Regierungsrath und Vorsteher der landwirtschaftlichen Versuchsstation, Halle a. S.

Hugo Oberconz, Fabrikdirector, Zeitz,

Dr. Heinrich König, Fabrikbesitzer, Leipzig,

Dr. Rob. Mollenkopf, Chemiker, Stuttgart,

Dr. Otto Pieper, Handelschemiker, Hamburg.

Seit dem 1. Januar 1902 sind dahingeschieden:

Ernst Jacob, Architekt, Berlin,

Ernst Leydendecker, Fabrikbesitzer, Köln a. Rhein,

Dr. Eugen Mros, Wiesbaden,

Prof. Dr. Arnulf Schertel, Freiberg i. S.,

Prof. Dr. Freiherr von Pechmann, Tübingen.

Der Verein bewahrt seinen dahingeschiedenen Mitgliedern ein dankbares Andenken!

Der Rechnungsabschluss vom 31. December 1901 weist einen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben im Betrage von 5145,12 M. auf, wodurch sich das Vereinsvermögen auf 39 938,68 M. erhöht. Der Gewinnanteil des Vereins aus dem gemeinsamen Zeitschriftunternehmen mit der Firma Jul. Springer beträgt 4978,27 M. Die Rückstellung dieses Gewinnes zum Zeitschriftenreservefond, welcher durch diese Zuweisung 14 668,28 M. erreichen wird, wird vom Vorstande beantragt werden.

Die wirthschaftlichen Vorteile, welche der Verein seinen Mitgliedern bietet, wurden auch im verflossenen Jahre gut benutzt. Im Jahre 1901 wurden bei der Lebensversicherungs- und Ersparnissbank in Stuttgart auf Grund des bestehenden Vertrages von Mitgliedern des Vereins deutscher Chemiker 22 Policen mit 257 000 M. Versicherungssumme abgeschlossen. Insgesamt wurden seit dem Jahre 1884 176 Policen mit 2 385 000 M. Versicherungssumme ausgefertigt. Es wäre zu wünschen, dass namentlich die jüngeren Mitglieder in erhöhtem Maasse Gebrauch machen von den Vorteilen, welche die Lebensversicherungs- und Ersparnissbank den Vereinsmitgliedern beim Abschluss der Verträge bietet.

Mit der Frankfurter Unfall-Versicherungs-Actiengesellschaft wurden i. J. 1901 30 Versicherungen abgeschlossen mit zusammen 449 500 M. für Todesfall und 1 043 000 M. für Invalidität. Die Zahlen zeigen gegen das vorige Jahr ein Anwachsen, doch steht dasselbe nicht im richtigen Verhältnisse zu dem Anwachsen des Vereins.

Die Stellenvermittlung des Vereins hat sich im abgelaufenen Jahre weiter entwickelt und

zeigt eine erfreuliche Zunahme in der Benutzung gegenüber dem Vorjahr. Die Geschäftsstelle wird einen besonderen Bericht über die Stellenvermittlung vorlegen.

Die von der Hauptversammlung zu Dresden dem Vorstande überwiesenen Aufgaben wurden in folgender Weise erledigt:

Dem zum Ehrenmitgliede des Vereins ernannten Geheimen Regierungsrath Prof. Dr. J. Volhard in Halle wurde anlässlich dieser Ernennung eine künstlerisch ausgeführte Urkunde überreicht.

Auf der letzten Hauptversammlung ist über die Ausarbeitung eines Tarifes für Untersuchungen im Allgemeinen berichtet worden. Mit Heft 3 der Vereinbarungen zur einheitlichen Untersuchung und Beurtheilung von Nahrungs- und Genussmitteln, sowie Gebrauchsgegenständen für das deutsche Reich ist der Tarif erschienen.

Auf Beschluss der Hauptversammlung zu Dresden wurde der Kaiserlichen Normal-Aichungs-Commission der Bericht des Geschäftsführers über die Aichung von Normalspindeln für spezifisches Gewicht und nach Graden Baumé mit dem stenographischen Bericht der Verhandlung und dem gesammelten gesammelten Actenmaterial überwiesen. Hierauf ist seitens der Normal-Aichungs-Commission das folgende Schreiben eingegangen:

„Dem Verein beeilen wir uns für die eingehenden Erhebungen über die Zulassung der Aräometer nach Baumé zur Aichung unter Rückgabe des Actenstückes verbindlichst zu danken.

Leider hat sich aus dem mit gefl. Schreiben vom 29. Juli d. Js. übermittelten Material eine bestimmte Ansicht des Vereins als solchen oder der Majorität seiner Mitglieder nicht entnehmen lassen. Die Ausserungen gehen weit aus einander und das Stimmenverhältniss ist ein derartiges, dass von den befragten Persönlichkeiten ungefähr die gleiche Zahl für und gegen die Zulassung der Baumé-Aräometer zur Aichung sich ausspricht. Manche halten diese Aräometer für unentbehrlich im Handel mit Schwefelsäure, andere dagegen wünschen deren Entfernung aus dem Gebrauch. Von den Fabrikanten von Schwefelsäure scheint sich die Mehrzahl der Aichung dieser Aräometer zuzuneigen, Laboratoriumsvorstände und Gelehrte sind mehr gegen diese Aichung. Da der Verein als solcher Stellung zu der Frage nicht genommen hat, liegt für die Normal-Aichungs-Commission zunächst um so weniger Veranlassung vor, die Angelegenheit weiter zu verfolgen, als nach gegenwärtiger Lage der Gesetzgebung eine Aichpflicht für die zur Ermittelung des Schwefelsäuregehalts dienenden Instrumente, also auch für die Aräometer, nicht besteht. Sollten sich jedoch die Vorschriften in dieser Beziehung ändern, so würden, worauf wir schon jetzt ausdrücklich aufmerksam machen, die Baumé-Aräometer zu dem bezeichneten Behufe nicht mehr angewendet werden dürfen, falls sie nicht vorher zur Aichung zugelassen würden.“

Hinsichtlich der für die rationelle Scala der Baumé-Aräometer anzuwendenden Formel

hat unter den Befragten Einstimmigkeit geherrscht und zwar in einem Sinne, welcher sich mit unseren Ansichten vollständig deckt.

Zu den übrigen in den Äusserungen enthaltenen Anregungen bemerken wir Folgendes:

1. Dass die zur Aichung zugelassenen Aräometer mit Eintheilung nach Procenten in reiner Schwefelsäure geprüft werden sollen, ist richtig. Es ist auch kaum eine andere Art der Prüfung angängig, weil die Verunreinigung der Säuren je nach der Art der Herstellung und Behandlung sehr verschieden ausfällt. Auch die Scalen der Alkoholometer, Saccharimeter und ähnlicher Instrumente werden auf reine Flüssigkeiten bezogen und in solchen geprüft, wiewohl auch hier verunreinigte Flüssigkeiten die Regel bilden. In dessen wird die Normal-Aichungs-Commission Proben von Schwefelsäuren aus dem Handel beschaffen und den Einfluss der Verunreinigung auf die Angaben der Aräometer, soweit angängig, untersuchen.

2. Die Bedenken gegen die Bezifferung der Scalen auf Aräometer nach Dichtigkeitsangaben kann die Normal-Aichungs-Commission nicht theilen. Auch die Scalen der aichfähigen Mineralöl-Aräometer sind vollständig beziffert und enthalten dementsprechend in jeder Angabe vier Ziffern, nämlich 0 mit noch drei Decimalen. Zu irgend welchen Unzuträglichkeiten hat das unseres Wissens niemals geführt. Die Angaben der Schwefelsäure-Aräometer würden ebenfalls 4 Ziffern enthalten; das 1. fortzulassen und sich mit Angabe der Decimalen zu begnügen, geht u. E. nicht an.

3. Wegen der gewünschten sogenannten Densimeter werden wir weitere Informationen einziehen.

4. Hinsichtlich der Glassorten, welche für die gegebenen Falles zuzulassenden Aräometer vorzuschreiben sein würden, hat die Normal-Aichungs-Commission bereits eine grosse Reihe von Untersuchungen angestellt. Es sind Aräometer aus verschiedenen Glassorten lange Zeit hindurch in kalten und heissen Säuren belassen und auf den Gewichtsverlust geprüft worden. Gleichfalls wurde der Gewichtsverlust festgestellt, nachdem solche Aräometer mehrere Tausend Eintauchungen in den bezeichneten Säuren unter den Bedingungen ihrer Anwendung erfahren hatten. Die Ergebnisse dieser Versuche werden gelegentlich veröffentlicht werden. Die Vorschriften werden eine Bestimmung des Inhaltes erhalten, dass zur Anfertigung der Aräometer nur hinlänglich widerstandsfähiges Glas angewendet werden darf.

5. Die Ergebnisse der Untersuchungen über die Dichte und Ausdehnung der Schwefelsäuremischungen bekannt zu geben, ist die Normal-Aichungs-Commission gern bereit. Die Bekanntgabe jedoch mit den Umrechnungstafeln für die Schwefelsäuren zu vereinigen, empfiehlt sich nicht, weil diese Tafeln dann einen allzu grossen Umfang erhalten würden, der ihre praktische Benutzung in Frage stellen könnte. Wie in ähnlichen Fällen wird die Bekanntgabe in einem Heft der von der Normal-Aichungs-Commission herausgegebenen „wissenschaftlichen Abhandlungen“ erfolgen.

6. Unsere Untersuchungen über die Ausdehnung, sowie die Beziehung zwischen Dichte und Prozentgehalt von Laugen werden weiter fortgesetzt werden; die entsprechenden Arbeiten mit weiteren Säuren (Salpetersäure, Salzsäure u. s. f.) müssen noch vorbehalten bleiben.“

Die Patentcommission hat nach vorausgegangener ausführlicher schriftlicher Behandlung des vorliegenden Materials am 20. Februar d. J. eine Sitzung in Frankfurt abgehalten. Der Hauptversammlung wird ein eingehender Bericht durch den erwählten Berichterstatter überreicht werden.

Die Beteiligung des Vereins an der Herausgabe eines technischen Lexikons ist in Angriff genommen worden, indem die Bezirksvereine aufgefordert wurden, in ihrem Kreise Mitarbeiter zu werben. Der Vorstand hat Herrn Dr. Zipperer beauftragt, die eingehenden Merkhefte einer gleichmässigen Bearbeitung zu unterziehen. Herr Dr. Zipperer wird über den Stand der Arbeiten besonderen Bericht erstatten.

Die Frage der Gründung einer allgemeinen Hülfskasse für deutsche Chemiker hat den Verein beschäftigt, indem die Bezirksvereine durch die Geschäftsstelle aufgefordert wurden, die Frage gutachtlich zu prüfen und über das Resultat der Prüfung zu berichten. Die meisten Bezirksvereine haben dieser Aufforderung Folge geleistet. Der Hauptversammlung wird ein besonderer Bericht hierüber vom Geschäftsführer erstattet werden.

Entsprechend dem Beschluss der Hauptversammlung zu Dresden hat der Vorstand beschlossen, in den Redactionsbeirath die sämtlichen Ehrenmitglieder des Vereins sowie Herrn Hofrath Caro zu wählen. Die sämtlichen Herren haben zugesagt, in den Redactionsbeirath einzutreten.

Bezüglich der Resolution, welche die letzte Hauptversammlung zu dem Antrage des Bezirksvereins Frankfurt gefasst hat, kann das Folgende mitgetheilt werden:

Herr Dr. Duisberg hat bei der geschäftlichen Sitzung der Naturforscherversammlung zu Hamburg zusammen mit dem Vertreter des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, Herrn Dr. Holtz, dahin gewirkt, dass der Vorstand und der wissenschaftliche Ausschuss der Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte voraussichtlich und hoffentlich die beantragte Ernennung einer Commission zur Controle der neuen Arzneimittel ablehnen wird.

Durch die Branntweinsteuerbefreiungsordnung ist den chemischen Laboratorien, soweit sie nicht öffentliche wissenschaftliche Anstalten sind, der steuerfreie Spiritus entzogen worden. Die betreffenden Anstalten haben sich dadurch im Vergleich mit den bevorzugten Anstalten benachtheilt gesehen. Der Verein deutscher Chemiker hielt es für seine Pflicht, zum Schutze der berechtigten Interessen seiner Mitglieder eine diesbezügliche Eingabe an den Bundesrat zu richten, welche im Januar d. J. abgesandt worden ist. Bis jetzt ist eine Antwort oder Entscheidung in dieser Frage nicht erfolgt.

Das Kaiserliche Gesundheitsamt hat an den Verein deutscher Chemiker, wie schon im vorigen Jahre mitgetheilt wurde, das Ersuchen gerichtet, in einer Commission, welche die Neuherausgabe des Buches „Deutschlands Heilquellen und Bäder“ mitbearbeiten soll, sich vertreten zu lassen. Der Vorsitzende des Vereins wollte an der Sitzung, welche am 22. Juni 1901 stattgefunden hat, theilnehmen, war jedoch wider Erwarten verhindert. Er liess sich deshalb durch den Delegirten des Verbandes selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands, Herrn Professor Dr. E. Hintz, Wiesbaden, in der Commission vertreten. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Medicinalrath Dr. E. A. Merck, wurde in den Redactionsausschuss gewählt.

Im August v. J. ist in der Zeitschrift für angewandte Chemie ausführlicher über die Atomgewichtsfrage referirt worden. Auf Grund der neuesten Arbeiten, die von Mitgliedern der internationalen Atomgewichtscommission, namentlich von F. W. Clarke und H. Landolt publiziert worden sind, wurde damals eine Probetafel für Atomgewichte aufgestellt, welche seitdem bereits vielfach Anwendung findet. Bei dieser Tafel wird zum ersten Male das von unseren Hochschullehrern allgemein geforderte Princip angewandt, die unsicheren Stellen der Atomgewichtszahlen durch den Druck zu kennzeichnen. Diese durch die Probetafel versuchswise eingeführte Neuerung ist allseitig als zweckmässig erkannt worden. Die Atomgewichtscommission der Deutschen chemischen Gesellschaft hat daraufhin ihre weniger genaue „didaktische Atomgewichtstabelle“ wieder zurückgezogen, obgleich dieselbe bereits Eingang in die Litteratur gefunden hatte (vgl. C. L. Winkler, Technische Gasanalyse, 3. Auflage 1901); gleichzeitig hat sie als der Meinung der „weit überwiegenden Mehrzahl“ der Fachgenossen entsprechend den Satz aufgestellt:

„Es sollen die Atomgewichte gleichmässig mit je zwei Decimalen angegeben werden, wobei die unsicheren Stellen durch den Druck zu kennzeichnen sind.“

Die Aufstellung dieses allgemeinen Princips muss als ein wesentlicher Fortschritt auf dem Wege der Einigung betrachtet werden. Genaue Atomgewichtszahlen lassen sich leicht auf eine andere Grundlage umrechnen und für die Praxis nach Belieben kürzen. Giebt man aber die Zahlen von vornherein mit zu weit gehender Kürzung, so sind sie für alle feineren Zwecke überhaupt nicht zu verwenden, da sich die Ungenauigkeiten bei jeder Rechenoperation summiren.

Über die Grundlage der Atomgewichte ist eine Einigung leider noch nicht erzielt, wenn auch eine entschiedene Mehrheit für die Wasserstoffeinheit vorhanden ist. Allgemein scheint man einem von den Herren K. von Buchka und H. Erdmann bei der Internationalen Atomgewichtscommission eingegangenen Vermittelungsantrag sympathisch gegenüber zu stehen.

Die Vorbereitungen zum 5. internationalen Congress in Berlin schreiten rüstig voran. Es wird dem Verein ein Bericht über den Stand der Arbeiten erstattet werden.

Im Berichtsjahre trat der Vorstand des Vereins zu drei Sitzungen zusammen; ein reger schriftlicher Verkehr zwischen den Mitgliedern des Vorstandes und der Geschäftsstelle war außerdem erforderlich, um die mannigfachen Arbeiten des Vereins zu erledigen.

In Ergänzung des Geschäftsberichtes theilt der Vorsitzende mit, dass der Verein inzwischen seinen Mitgliederstand auf 2710 Mitglieder erhöht hat.

Der Verein war auf dem Congress für Gewerblichen Rechtsschutz officiell vertreten durch zwei Abgesandte, ferner bei der Hauptversammlung der Deutschen elektrochemischen Gesellschaft durch einen Abgesandten.

Eine Discussion über den Geschäftsbericht findet nicht statt.

Derselbe wird von der Versammlung einstimmig genehmigt.

2. Jahresrechnung für 1901, Bericht der Rechnungsprüfer.

Gemäss Satz 15 b der Satzungen wird die Jahresrechnung gedruckt vorgelegt und von dem Vorsitzenden erläutert.

Die Abrechnung ist von den Herren Max Engelcke, Halle-Trotha, und Paul Kobe, Halle, geprüft worden und haben dieselben über den Richtigbefund das folgende Protocoll aufgenommen:

Halle-Trotha, den 7. April 1902.

„Am heutigen Tage revidirten die Unterzeichneten die Geschäftsbücher des Vereins deutscher Chemiker in Gegenwart des Geschäftsführers Herrn Director Lüty. Es wurden vorgenommen verschiedene Stichproben im Cassajournal und Cassabuch und Aufrechnung einer grösseren Anzahl von Seiten, wobei sich nirgends ein Fehler zeigte. Ferner wurden im Hauptbuche die Conto-Corrente und todten Conten verglichen und aufgerechnet und ergab sich, dass die Saldi richtig auf Bilanzconto und Abrechnungsconto übertragen sind.

Bei Revision des Bankkontos wurde festgestellt, dass die durch die Abschlüsse zu verschiedenen Zeiten erscheinenden Verschiebungen richtig in den entsprechenden Jahren verbucht sind.

Der Vermögensbestand betrug am 31. December 1900 in Werth-	Mark
papieren und Baar	34 793,56
Hierzu Überschuss des Jahres 1901	5 145,12
Zusammen	39 938,68.

Derselbe wurde nachgewiesen durch beim Bankhaus H. F. Lehmann, Halle, niedergelegte Depotscheine der Reichsbank und durch das Conto-Corrent derselben Firma. Ferner wurde das Vorhandensein des Reservefonds der Zeitschrift in Höhe von Mark 9689,99 in gleicher Weise erwiesen.

Abrechnung

des Vereins deutscher Chemiker für das Jahr 1901 im Vergleich zur Abrechnung 1900 und dem Haushaltungsplan 1901.

Einnahme	1900		1901		Haushalt- Plan 1901		Ausgabe	1900		1901		Haushalt- Plan 1901	
	M.	s	M.	s	M.	s		M.	s	M.	s	M.	s
Beiträge d. Mitglieder	51 275	96	52 593	91	46 000	—	Zeitschrift, geliefert an d. Mitglieder	29 249	—	31 729	72	28 750	—
Zinsen des Vereins- vermögens	945	65	1 445	15	1 070	—	Zeitschrift für den akademischen Chemiker-Verein, Berlin	8	—	—	—	12 50	—
Zinsen des Conto- Corrents	1 065	60	781	75	400	—	Zeitschrift für den österreichischen Chemiker-Verein, Wien	12 50	—	12 50	—	12 50	—
							Beitrag zum deutschen Haftpflicht- schutzverband	25	—	25	—	25	—
							Beitrag zum internat. Verband für Materialprüfungen der Technik	20	—	20	—	20	—
							Beitrag zum Verein für gewerb- lichen Rechtsschutz	—	—	40	—	—	—
							V. internationaler Congress 1903	—	—	581	20	—	—
							IV. internationaler Congress 1900	276	30	—	—	—	—
							Vorstands- und Ausschusssitzungen	2 007	40	2 659	80	2 500	—
							Rückvergütung an d. Bezirksvereine	6 060	—	6 607	50	6 210	—
							Zuschuss zur Hauptversammlung	600	—	600	—	600	—
							Stenograph zur Hauptversammlung	364	60	221	—	400	—
							Drucksachen, Etat, Abrechnungen, Sonderabzüge etc.	225	25	491	15	350	—
							Bureaubedürfnisse des Vorstandes	96	27	159	18	1 000	—
							Drucksachen, Kosten d. Mitglieder- verzeichnisses, Satzungen, Ein- gaben, Berichte etc.	749	61	659	40	850	—
							Kosten der Geschäftsführung	5 104	71	5 143	04	5 000	—
							Erweiterung des Inventars der Ge- schäftsstelle	—	—	460	—	—	—
							Für unvorhergesehene Fälle und zur Verfügung des Vorstandes	549	70	266	20	1 740	—
							Überschuss	7 938	87	5 145	12	—	—
								53 287	21	54 820	81	47 470	—

Vereinsvermögen.

	1900	ult. December Bestand Zugang 1901	M.	s
			34 793	56
			5 145	12
	1901	ult. December Bestand	39 938	68

Reservefonds für die Vereinszeitschrift.

	1901	ult. Mai Bestand Zugang aus 1901	M.	s
			9 689	99
			4 978	27
	1902	ult. Mai Bestand	14 668	26

Anlage des Vereinsvermögens gemäß den effectiv gezahlten Werthen.Courswerth
1. 5. 1902

M.		M.	s	M.	s
3 000	3 proc. deutsche Reichsanleihe	2 922	15	2 772	—
10 000	3 1/2 proc. deutsche Reichsanleihe	10 410	20	10 175	—
6 000	3 1/2 proc. westfälische Provinzial-Anleihe	6 072	55	5 940	—
9 000	3 1/2 proc. preussische Central-Boden-Credit	8 907	40	8 658	—
20 000	3 1/2 proc. preussische Consols	19 629	35	20 350	—
48 000		47 941	65	47 895	—

Die Revisoren beantragen die Einrichtung eines Utensiliencontos.“

Die Frage des Vorsitzenden, ob die Versammlung es für zweckmässig hält, aus Spar-
samkeitsgründen das Mitgliederverzeich-

niss nur alle 2 Jahre drucken zu lassen,
gibt Veranlassung zu einer Debatte, in
welcher sich die Mehrzahl der Anwesenden
dafür ausspricht, es bei dem jährlichen Druck
des Mitgliederverzeichnisses zu belassen.

Der Vorsitzende theilt mit, dass der Vorstand beschlossen hat, der Anregung der Rechnungsprüfer Folge zu leisten, ein Inventarconto einzurichten, auf welches die sämmtlichen Vermögensstücke des Vereins und zwar jedes mit Mark 1 gebucht werden sollen.

Die Versammlung beschliesst, den Über- schuss des Jahres 1901 dem Vermögensbestande zu überweisen, und beauftragt den Geschäftsführer, einen entsprechenden Theil des Kassenbestandes in Staatspapieren anzulegen. Sodann wird dem Vorstand und dem Geschäftsführer die Entlastung für die Kassenführung einstimmig ertheilt.

Director J. Weineck wird in der Haupt- versammlung den Antrag auf Entlastung stellen.

3. Haushaltungsplan für 1903.

Gemäss § 15b der Satzungen wird der Haushaltungsplan gedruckt vorgelegt.

4. Wahl eines Ehrenmitgliedes.

Vorsitzender: Nach unseren Satzungen haben wir das Recht, auf Vorschlag des Vorstandsrathes hervorragende Förderer der Chemie zu Ehrenmitgliedern zu ernennen. In jedem Jahre ist nur eine derartige Ernennung zulässig. Ich lese es Ihnen nun von den Lippen ab, wer dieses Jahr von uns zum Ehrenmitglied ernannt werden wird.

Meine Herren, es ist der hervorragende Wissenschaftler, der bedeutendste aller lebenden Farbenchemiker, der langjährige bewährte Vorsitzende des Vereins, der gerade zu einer Zeit, wo der Verein in der grössten Entwicklung sich befand, unter den schwierigsten Verhältnissen das Vereinsschiff als Capitän sicher durch alle Klippen hindurchgesteuert hat: „Es ist Herr Hofrat Dr. H. Caro.“ (Allseitiges lebhaftes Bravo.)

Dr. Ernst Erdmann: Es ist eigentlich nicht nötig, dem noch in Worten Ausdruck zu verleihen, was soeben der Vorstandsrath

Haushaltungs-Plan des Vereins deutscher Chemiker für 1903 im Vergleich mit dem Haushaltungsplan für 1902.

Einnahme	1902		1903		Ausgabe	1902		1903	
	M.	s.	M.	s.		M.	s.	M.	s.
Mitgliederbeiträge, 2650 Mitglieder à 20 M.	50 000	—	53 000	—	Zeitschrift für 2650 Mitglieder à 12,50 M.	31 250	—	33 125	—
Zinsen d. Vereinsvermögens	1 398	15	1 665	—	Zeitschrift für den österr. Chemikerverein, Wien	12	50	12	50
Zinsen des Conto-Correntes	600	—	750	—	Beitrag zum deutschen Haftpflichtschutz- verband	25	—	25	—
					Beitrag zum internationalen Verband für Materialprüfung d. T.	20	—	20	—
					Beitrag zum Verein für gewerb'l. Rechts- schutz	30	—	30	—
					V. internat. Congress für angew. Chemie	1 000	—	500	—
					Vorstands- und Ausschusssitzungen	3 000	—	3 000	—
					Rückvergütung an die Bezirksvereine	6 750	—	7 200	—
					Zuschuss zur Hauptversammlung	600	—	600	—
					Stenograph zur Hauptversammlung	400	—	400	—
					Drucksachen, Etats, Sonderabzüge	350	—	350	—
					Bureauabdrücke des Vorstandes	500	—	500	—
					Drucksachen, Berichte, Kosten des Mit- gliederverzeichnisses	900	—	900	—
					Kosten der Geschäftsführung	5 500	—	5 500	—
					Für unvorhergesehene Fälle und zur Ver- fügung des Vorstandes	1 660	—	3 252	50
	51 998	15	55 415	—		51 998	15	55 415	—

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass für unvorhergesehene Fälle die hohe Summe von M. 3252,50 vorgesehen ist. Da der Vorstand bei einem späteren Punkte der Tagesordnung die Stiftung einer goldehen Ehrendenkünze beantrage, so erscheine es nothwendig, die Geldmittel aus dem zur Verfügung des Vorstandes stehenden Betrage zu entnehmen.

Der Haushaltungsplan wird von der Versammlung ohne Debatte genehmigt.

durch Bravorufe und Händeklatschen bezeugt hat. Ich glaube, noch niemals ist ein Vorschlag des Vorstandes bezüglich der Wahl zum Ehrenmitglied mit solcher Sympathie begrüßt worden. Ich beglückwünsche den Vorstand zu diesem Vorschlag, ich beglückwünsche den Verein zur Wahl eines solchen Ehrenmitgliedes. (Bravo.)

5. Vorstandswahl.

Vorsitzender: Mit Ablauf dieses Jahres scheiden aus dem Vorstand aus: die Herren

Professor Dr. Ferd. Fischer, Göttingen, und Geheimer Regierungsrath Prof. Dr. M. Delbrück, Berlin. Der Vorstand hat sich mit der Frage der Neuwahl, bez. der Wiederwahl beschäftigt, er schlägt Ihnen vor, da Herr Professor Dr. Ferd. Fischer nicht gewillt ist, eine Wiederwahl anzunehmen, an Stelle desselben Herrn Professor Dr. E. O. Beckmann aus Leipzig auf drei Jahre zu wählen, bez. diese Wahl den Mitgliedern in der Hauptversammlung zu empfehlen, und den Geheimen Regierungsrath Herrn Prof. Dr. M. Delbrück wieder zu wählen. Die Wahl des Herrn Prof. Dr. E. O. Beckmann empfiehlt sich aus dem bisher geübten Gebrauch, dass im Vorstand nicht nur Vertreter der Technik, sondern auch Vertreter der Wissenschaft vorhanden sein sollen.

Es ist dem Vorstand ein Bedürfniss, dem scheidenden Herrn Prof. Dr. Ferd. Fischer den herzlichsten Dank zu sagen für die langjährige Fürsorge und Treue, die er dem Verein erwiesen hat. Herr Prof. Dr. Ferd. Fischer hat von Gründung des Vereins an dem Vorstande angehört; und nicht nur das, er ist eigentlich der Vater des ganzen Vereins, indem er seine Gründung angeregt hat. Da er sich nunmehr von der langjährigen, erfolgreichen Mitarbeit an den Vereinsangelegenheiten zurückziehen will, glaube ich in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich dem Herrn Prof. Dr. Ferd. Fischer unseren herzlichsten Dank auch hier zum Ausdruck bringe. (Bravo.)

6. Wahl von 2 Rechnungsprüfern.

Die Herren M. Engelcke und P. Kobe werden für das nächste Jahr seitens des Vorstandes als Rechnungsprüfer wieder in Vorschlag gebracht.

Die Versammlung stimmt dem Vorschlage des Vorstandes zu.

7. Feststellung von Ort und Zeit für die Hauptversammlung 1903.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird dieser Punkt der Tagesordnung mit dem Punkte 8e: „5. internationaler Congress in Berlin im Jahre 1903“ vereinigt.

Vorsitzender: Nach einer kurzen einleitenden Correspondenz ist der Geschäftsstelle das folgende Schreiben zugegangen:

„Da in Berlin in den Pfingsttagen 1903 der 5. internationale Congress für angewandte Chemie stattfindet und zweifellos auch von vielen Mitgliedern des Vereins deutscher Chemiker besucht werden wird, so dürfte es empfehlenswerth sein, gleich-

zeitig mit dem internationalen Congress für angewandte Chemie auch die Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker abzuhalten.

Die unterzeichneten Bezirksvereine gestatten sich daher, den Gesamtverein ganz ergebenst einzuladen, seine Hauptversammlung 1903 in Berlin stattfinden zu lassen, und geben der bestimmten Hoffnung Ausdruck, dass dieselbe recht zahlreich besucht werden und einen gedeihlichen Verlauf nehmen möge.“

Dr. Paul Obermüller
2. Vorsitzender des Berliner Bezirksvereins.

Dr. Adolf Lehne
Vorsitzender des Märkischen Bezirksvereins.

Dr. Rudolf Dennhardt
Schriftführer des Berliner Bezirksvereins.

Dr. Julius Ephraim
Schriftführer des Märkischen Bezirksvereins.

Meine Herren, wir danken den beiden einladenden Vereinen und werden sicher auch in Ihrem Einverständniß dieser freundlichen Einladung Folge leisten. Schon seit Jahren haben wir geplant, gelegentlich des im nächsten Jahre in Berlin stattfindenden 5. internationalen Congresses und zusammen mit diesem Congresse unsere Hauptversammlung in Berlin abzuhalten. Für uns erwächst allerdings daraus eine Schwierigkeit insofern, als wir auf den festlichen Theil, der dann vereinigt wird mit demjenigen des internationalen Congresses, verzichten müssen, und dass wir dafür Sorge zu tragen haben, auf Grund unserer Satzungen eine Vorstandsrathssitzung und eine geschäftliche Hauptversammlungssitzung abhalten zu können. Nun lässt sich dies, wie Herr Geheimer Regierungsrath Prof. Dr. M. Delbrück gleich zeigen wird, ganz gut ermöglichen, wenn der geschäftsführende Ausschuss des internationalen Congresses, wie er beabsichtigt, die Begrüssungssitzung am Dienstag nach Pfingsten Abends stattfinden lässt und die Festsitzung auf den Mittwoch Morgen verlegt, wodurch der Mittwoch Nachmittag für die geschäftlichen Sitzungen der verschiedenen Vereine, also auch für den Verein deutscher Chemiker und für die Bunsengesellschaft, die ebenfalls zusammen mit dem internationalen Congress tagen will, frei lässt. Wir würden dann die Vorstandsrathssitzung am Dienstag, nicht wie jetzt am 2. Tag nach Pfingsten, halten.

Geheimer Rath Professor Dr. M. Delbrück: Meine Herren, Sie sind wohl schon orientirt, wie sich die Verhältnisse bezüglich des Internationalen Congresses gestaltet haben. Es war erst fraglich, ob er 1902 abgehalten werden sollte, wie ein früherer Congress beschlossen hatte; man hat sich geeinigt, ihn

1903 abzuhalten, zu Pfingsten, wie der Herr Vorsitzende schon berichtet hat, und als Local ist das Reichstagshaus aussersehen. Wenn ein solches Gebäude gewählt werden sollte, so war es schon dadurch bedingt, den Congress auf Pfingsten zu legen, weil eine Zeit gewählt werden musste, zu welcher die betreffende parlamentarische Körperschaft nicht tagt.

Sie wissen, dass ein Ausschuss besteht, Organisationscomité genannt, welcher bisher 40 Mitglieder hatte, er soll durch Cooptation verstärkt werden. Ehrenpräsident ist Ihr Ehrenmitglied Clemens Winkler, Präsident ist Geheimrath Witt, Berlin, Schatzmeister Dr. Böttiger, Elberfeld, und angestellter Geschäftsführer Dr. Pulvermacher. Die Geschäfte werden so umfangreich sein, dass es für den Präsidenten unmöglich war, dieselben lediglich ehrenamtlich zu besorgen; deshalb ist ihm ein besoldeter Geschäftsführer an die Seite gestellt worden.

Ich kann die erfreuliche Mittheilung machen, dass der Sicherheitsfonds heute schon fast 100000 Mk. beträgt; zahlreiche Beiträge stehen noch aus. Die Berechnungen haben allerdings auch ergeben, dass ein so grosser Fond nothwendig sein wird; die Veranstaltungen sollen eben so getroffen werden, dass Berlin und Deutschland sich dem Auslande gegenüber in würdiger Weise als Wirthe bethätigen. Die Stadt Berlin wird sich in hervorragender Weise betheiligen. Es werden für die Verhandlungen 10 Sectionen gebildet; die Sectionsvorsitzenden sind meist schon ernannt, und die Organisation der Sectionen ist im Werden. Herr Geheimrath Witt hat kürzlich Gelegenheit gehabt, mit einigen Herren in London und Paris zu sprechen, und konnte die Nachricht mitbringen, dass der Besuch aus England und Frankreich sehr erheblich sein wird; es scheint Aussicht vorhanden zu sein, dass wir für die Festsitzungen aus diesen beiden Ländern Vortragende haben werden. Es sind zwei solcher grosser allgemeiner Festsitzungen vorgesehen, eine zum Beginn und eine zum Schluss; die Zeit dazwischen soll für die Arbeit in den Sectionen resp. dem persönlichen Verkehr in den Sectionen frei bleiben, der ja bei solchen Veranstaltungen die Hauptsache ist. Es ist nun nothwendig, dass unser Verein sich während des Congresses auf seine geschäftlichen Sitzungen beschränkt und diese möglichst zweckmässig eingegliedert werden in die Arbeit und Tagung des grossen Congresses.

Es hat eine Besprechung stattgefunden darüber, ob der Verein auch seinerseits ein Fest veranstalten solle. Das wird wohl sich

so abspielen, dass die Bezirksvereine Berlin und Mark gemeinsam einen grossen Commers veranstalten; nach den Erfahrungen, die vorliegen, kennen die Ausländer solche Veranstaltungen nicht; ich denke, sie werden sich an einem strammen Festcommers, wie er in Deutschland üblich ist, erfreuen.

Ich möchte Ihnen nun vorschlagen, dass der Vorstandsrath beschliesst, bei der Hauptversammlung morgen zu befürworten, die Tagung im Jahre 1903 mit dem internationalen Congress zu vereinigen in dem Sinne, dass der Verein sich auf die Abhaltung der Vorstandsrathssitzung und der geschäftlichen Sitzung beschränkt.

Vorsitzender: Da Niemand der Herren das Wort zu diesem Gegenstande nimmt, so werden wir der morgigen Hauptversammlung den obigen Vorschlag als Beschluss des Vorstandsrathes zur Annahme empfehlen. Die Zeit ist heute noch nicht genau festzustellen, es können immerhin noch Änderungen eintreten, so dass es dem Vorstand überlassen bleiben muss, je nach Lage der Verhältnisse zu entscheiden.

8. Berichte des Vorstandes,

a) Vereinszeitschrift.

Director Lüty: Die Verlagsbuchhandlung von Jul. Springer hat unter dem 20. März die definitive Abrechnung für die Vereinszeitschrift übermittelt, abschliessend mit einem Gewinnsaldo von Mk. 9110,59 für das Jahr 1901, zu welchem Betrage noch hinzutritt aus den Jahren 1898 — 1900 die Summe von zusammen Mk. 845,95, so dass also das Zeitschriftunternehmen im Ganzen Mk. 9956,54 erbracht hat. Von diesem Gewinne entfällt die Hälfte mit Mk. 4978,27 auf den Verein deutscher Chemiker. Der Vorstand schlägt Ihnen vor, wie in früheren Jahren, diesen Gewinn dem Zeitschriftreservefond zu überweisen.

Die Revision der Bücher wurde wie bisher vorgenommen, indem im Hauptbuch Stichproben gemacht und mit den einzelnen Grundbuchungen verglichen wurden. Diese Stichproben erstreckten sich auf die Buchungen über Papierlieferung für Text und Umschlag, die Druckkosten, die Honorare der Mitarbeiter und dgl. m. Es ergab sich, dass sämtliche Buchungen mit den Grundbuchungen übereinstimmten und aus den Belägen aufgebaut werden konnten.

Die Vereinszeitschrift hat auch im vorigen Jahre erfreulich an Absatz zugenommen, indem eine durchschnittliche Steigerung von 216 Exemplaren eintrat, gegenüber dem Verstand des Jahres 1900.

Die Versammlung stimmt dem Vorschlage des Vorstandes, den Gewinnantheil dem Zeitschriftenverein zu überweisen, zu.

b) Stellenvermittlung.

Vorsitzender: Dem Vorstand ist rechtzeitig von Seiten des Bezirksvereins Sachsen-Anhalt der Antrag zugegangen, der Ihnen gedruckt vorliegt. Ich kann wohl auf die Verlesung verzichten, da Sie ihn wahrscheinlich schon gründlich studirt und auch in den Bezirksvereinen besprochen haben. Ich bitte daher Herrn Dr. Erdmann, den Antrag zu begründen.

Dr. E. Erdmann: Die von uns vorgeschlagenen grundsätzlichen Änderungen beziehen sich hauptsächlich auf § 1 der Geschäftsordnung, auf § 8 und dann auf einen nach § 4 einzuschaltenden neuen Paragraphen.

Was die Änderung des § 1 betrifft, welcher bisher die Stellenvermittlung auf den Kreis der Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker beschränkte, so beantragen wir, dafür zu setzen:

„Die Stellenvermittlung des Vereins deutscher Chemiker hat den Zweck, Stellengesuche und Stellenangebote für seine Mitglieder, sowie für alle deutschen Chemiker zu vermitteln.“

Es soll also der Geschäftsbereich der Stellenvermittlung ausserordentlich erweitert werden und zwar sind wir der Ansicht in Übereinstimmung mit dem Herrn Geschäftsführer, dass diese Erweiterung sich nicht bloss zu erstrecken habe auf die Herren, welche Stellen vergeben, sondern auch auf die, welche Stellen suchen.

In Bezug auf den ersten Punkt herrscht wohl allgemeine Übereinstimmung, denn es ist ein Mangel an Arbeitgebern in unserem Verein vorhanden, so dass die Erweiterung durchaus im Interesse der Stellensuchenden liegt.

Etwas zweifelhafter ist die Sache in Bezug auf den zweiten Punkt, ob es nämlich praktisch ist, auch für Stellensuchende den Bereich der Vermittlung weiter auszudehnen. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass das in der That dem Interesse der ganzen Institution entspricht, denn man kann dann ein grösseres Material den Stellengebern überweisen. Auch liegt es im Interesse des Vereins insofern, als die Herren, die durch unsere Vermittelung Stellen erlangt haben, dann voraussichtlich in grösserem Umfange Mitglieder werden.

Die Änderung des § 8 ist prinzipieller Natur, indem dieser Paragraph nach unserem Antrag in das Gegentheil verkehrt wird. Wir wollen dadurch, dass wir die Einreichung von Zeugnissabschriften gestatten, der

ganzen Einrichtung das rein Schematische, die burokratische Schablone nehmen und Demjenigen, der eine Stelle ausschreibt, Gelegenheit geben, einen besseren Einblick zu erhalten in die Verhältnisse des Stellensuchenden, so dass das persönliche Element mehr hervortritt. Dasselbe bezweckt die dritte principielle Änderung, indem hinter § 4 ein neuer Paragraph eingeschaltet werden soll, welcher die Möglichkeit enthält, in den Bezirksvereinen eine ständige Commission als Auskunftsstelle über Stellensuchende einzurichten. Ich glaube, in der von uns vorgeschlagenen Form werden Sie nichts gegen einen solchen Versuch haben können. Wir sind immer der Ansicht gewesen, dass die eigentliche Grundlage der ganzen Institution in den Bezirksvereinen ruhen sollte, in der Möglichkeit, dort eine Auskunftsertheilung zu erlangen. Bei der jetzigen schematischen Behandlung der Stellenvermittlung haben wir keinen rechten Erfolg gesehen. Unser Antrag ist nur die Consequenz der schon früher vertretenen Anschaufung: „dass die Institution der Stellenvermittlung erst dann Kraft und Leben erhalten werde, wenn sie in den Bezirksvereinen und deren dafür zu schaffenden Organen die Grundlage, in dem Stellenvermittlungsbureau nur eine das rein Geschäftliche besorgende Stelle hat.“

Nun haben wir kürzlich eine Rundfrage unter den Mitgliedern des Bezirksvereins veranstaltet und gefunden, dass diese Anschaufung bei der überwiegenden Mehrzahl der Mitglieder unverändert bestehen geblieben ist. Unser Antrag will den Versuch machen, jenem Gedanken eine praktische Gestalt zu verleihen; er soll den stellensuchenden Mitgliedern derjenigen Bezirksvereine, welche von der Einrichtung Gebrauch machen, die Möglichkeit eröffnen, sich auf den Bezirksverein als Referenz zu beziehen, sowie den Stellengebern die Möglichkeit geben, nähere Auskunft über die Stellensuchenden einzuhören. Eine solche Auskunftsertheilung wird aber ausdrücklich abhängig gemacht von dem Einverständnis des Stellensuchers, so dass die ganze Einrichtung namentlich im Interesse des Stellensuchers liegt. Ich meine daher, Sie könnten gegen diesen Antrag keine Bedenken haben.

Das sind die principiellen Änderungen, die hier vorgeschlagen werden, das Andere ist alles nebенässlicher Natur.

Vorsitzender: Ich erteile dem Herrn Geschäftsführer das Wort zur Berichterstattung über die Stellenvermittlung und zum Referat über den Antrag des sächsischen Bezirksvereins.

Director Fr. Lüty: Im vergangenen Jahr konnte sich der Bericht der Geschäftsstelle über die Stellenvermittlung nur über einen Zeitraum von 7 Monaten erstrecken, während der diesjährige Bericht eine Spanne von 20 Monaten, nämlich die Zeit von der Begründung der Stellenvermittlung bis zum 31. März 1902, umfasst. Innerhalb dieses Zeitraumes lässt sich erkennen, welchen Entwicklungsgang die neue Einrichtung genommen hat. Man kann besser untersuchen, ob sich die einzelnen Bestimmungen der Geschäftsordnung bewährt haben, ob die Grundlagen richtig waren, welche für die Stellenvermittlung auf der Hauptversammlung zu Königshütte angenommen wurden.

Die nachfolgende Tabelle gibt ein anschauliches Bild, in welcher Weise die Entwicklung der Stellenvermittlung vor sich gegangen ist.

	Stellenangebote			Stellengesuche			
	Zahl	be-setzt ge-meldet	ver-fallen ohne Mel-dung	unbe-setzt	Zahl	er-neuert	Stel-lung ge-funden
1900							
August	8	5	3	—	20	6	9
September	1	1	—	—	10	3	3
October	3	2	1	—	10	4	2
November	2	1	1	—	6	4	1
December	2	—	2	—	7	—	1
1901							
Januar	7	4	3	—	16	3	3
Februar	3	2	1	—	11	2	3
März	2	2	—	—	7	1	3
April	4	2	2	—	12	2	2
Mai	2	1	1	—	13	2	3
Juni	3	3	—	—	11	2	1
Juli	6	6	—	—	18	—	4
August	1	1	—	—	14	—	5
September	1	—	1	—	11	—	5
October	2	1	1	—	8	—	2
November	2	2	—	—	9	—	3
December	3	3	—	—	7	—	1
1902							
Januar	1	—	—	1	7	—	1
Februar	—	—	—	—	8	—	—
März	1	—	—	1	12	—	—
Summa	54	36	16	2	216	25	52

Fassen wir die Stellenangebote nach Vierteljahren seit dem 1. October 1900 zusammen, so erhalten wir in den einzelnen Abschnitten 7, 12, 9, 8, 7, 2 Angebote, während die Stellengesuche in gleicher Weise zusammengefasst die Zahlen ergeben 23, 34, 35, 43, 24, 27 Gesuche. Es scheint, als wenn die wirtschaftliche Krisis, welche sich auch bei einem Theil der chemischen Industrie seit Juli 1901 bemerkbar macht, in dem verminderten Angebot zur Erscheinung gelangt.

Von den angebotenen Stellen waren am 31. März 1902 noch 2 unbesetzt, während von den Stellengesuchen noch 40 der Erledigung harrten. Mit Befriedigung kann festgestellt werden, dass einzelne Stellengeber wiederholt und mit gutem Erfolge die Dienste der Stellenvermittlung in Anspruch genommen haben.

Von den eingelaufenen 191 Stellengesuchen konnten nur 52 als besetzt gemeldet werden, 99 Stellensucher liessen dagegen ihr Stellengesuch verfallen, ohne der Geschäftsstelle irgend eine Mittheilung zuzusenden. Es ist zu bedauern, dass selbst wiederholte Erinnerungen und Anfragen nicht die erhoffte Rückantwort bringen.

Das Verhältniss zwischen Stellenangeboten und Stellengesuchen erscheint im Allgemeinen nicht ungünstig, besonders wenn man bedenkt, dass immer mehr Gesuche vorliegen werden wie Angebote. Soviel aber scheint klar vor Augen zu liegen, dass der Umfang der Stellenvermittlung nicht den ursprünglich gehegten Erwartungen entspricht. Die Arbeitgeber unseres Vereins machen von der Einrichtung der Stellenvermittlung noch nicht genügend Gebrauch, sonst müsste eine regere Nachfrage herrschen. Es sei daher an dieser Stelle im Interesse aller stellensuchenden Vereinsmitglieder die Bitte an die Stellengeber unseres Vereins gerichtet, im Bedarfsfalle die schnell und billig arbeitende Vereinseinrichtung zu Rathe zu ziehen.

Die Geschäftsstelle wird durch die Stellenvermittlung ganz bedeutend in Anspruch genommen, wie sich aus der Zahl der Ein- und Ausgänge in den einzelnen Monaten des Jahres 1901 ergibt:

	Eingang	Ausgang
Januar . . .	78	60
Februar . . .	62	36
März . . .	52	32
April . . .	59	29
Mai . . .	67	34
Juni . . .	66	81
Juli . . .	114	90
August . . .	82	95
September . .	36	33
October . .	46	27
November . .	36	30
December . .	32	33
Summe	730	580

Ein kleiner Theil der Correspondenz bestand aus Anfragen Stellensuchender, welche dem Verein deutscher Chemiker nicht angehören. Stellengeber, welche ausserhalb des Vereines stehen, haben sich nicht an die Geschäftsstelle gewendet.

Die Geschäftsstelle war bemüht, um den Erfolg der Stellenvermittlung zu erhöhen, allen Wünschen der Stellengeber wie der Stellensucher soweit entgegenzukommen, als

eben angängig erschien. Auf jeden Fall hat die Geschäftsstelle nie Gebrauch gemacht von dem letzten Abschnitt des Paragraphen 8 der Geschäftsordnung.

Die Kosten der Stellenvermittlung sind für den Verein deutscher Chemiker gering, da die Arbeitsleistung der Geschäftsstelle ebenso wenig in Frage kommt, wie die Kosten für die Anzeigen in der Zeitschrift für angewandte Chemie. Die nachstehende Abrechnung, in welcher die Einnahmen nach den einzelnen Monaten getrennt geführt werden, giebt ein übersichtliches Bild der finanziellen Entwicklung.

	Einnahmen.	Ausgaben.
	An Gebühren	Mark
1900		
August	90,15	Drucksachen 200,55
September	49,25	Porto 176,42
October	37,30	Überschuss 615,44
November	25,20	
December	35,51	
1901		
Januar	81,20	
Februar	49,10	
März	35,36	
April	52,53	
Mai	61,10	
Juni	30,60	
Juli	72,70	
August	94,98	
September	35,45	
October	42,75	
November	32,60	
December	36,78	
1902		
Januar	43,50	
Februar	37,50	
März	51,00	
	Mark 992,41	Mark 992,41

Von diesem Überschuss waren am 31. März 1902 580 Mark in der städtischen Sparkasse zu Halle zinstragend angelegt, während der Rest in der Kasse der Geschäftsstelle vorhanden war.

Die ausgefüllten Formulare der Stellensuchenden bieten ein interessantes Material zum Studium der Frage der **Vorbildung der Chemiker**. Die hauptsächlichsten Daten sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengestellt, wodurch eine Vergleichung mit den von Dr. C. Duisberg in der Zeitschrift für angewandte Chemie 1900, S. 131 festgestellten Zahlen möglich wird.

Von den 191 Stellensuchenden hatten 120 die Abiturientenprüfung bestanden und zwar an den folgenden Schulen:

Gymnasium	Real-	Oberreal-
Proc.	gymnasium	schule
35—18,33	41—21,47	26—13,62
Industrie-	Landwirth-	Privat-
schule	schaftsschule	schule
Proc.	Proc.	Proc.
13—6,82	4—2,09	1—0,57

Demnach hatten nur 53,42 Proc. sämtlicher Stellensuchenden das Maturitätszeugnis von einer neunklassigen Vollanstalt, während 9,48 Proc. die Vorbildung einer siebenklassigen Realschule genossen hatten. Die übrigen haben Gymnasium, Realgymnasium und Oberrealschule nicht vollständig besucht und zwar ergeben sich die Angaben wie folgt:

	Gymnasium	Real-	Oberreal-
	Proc.	gymnasium	schule
Prima besucht	10—5,24	4—2,09	2—1,05
Obersecunda besucht	12—6,23	8—4,18	2—1,05
Untersecunda besucht	3—1,57	—	—
Nicht angegeben, wahrscheinlich Reife für			
Obersecunda	15—7,85	7—3,66	4—2,09
	40—20,89	19—9,93	8—4,19

Endlich haben 4 Stellensuchende gleich 2,09 Proc. keine Angaben über die Vorbildung gemacht.

Von den Gymnasiasten und Realgymnasiasten, welche das Maturitätszeugnis nicht erreicht haben, bestanden 29 das pharmaceutische Staatsexamen oder 15,18 Proc. der gesammelten Stellensuchenden, während im Ganzen 32 Stellensuchende oder 16,75 Proc. das Staatsexamen als Pharmaceuten bestanden haben.

Promovirt haben 143 Bewerber entsprechend 74,87 Proc.

Die Stellenvermittlung des Vereins kann nur gedeihen, wenn sie organisch weiter entwickelt wird und wenn Fehler und Schwächen beseitigt werden. Es bleibt daher noch übrig, im zweiten Theile des Berichtes zu untersuchen, inwiefern die Grundlagen der Stellenvermittlung, die auf der Hauptversammlung zu Königshütte beschlossen wurden, zweckentsprechend waren oder der Änderung bedürfen, ferner festzustellen, ob die auf der Hauptversammlung zu Hannover angenommene Geschäftsordnung allen berechtigten Anforderungen entsprochen hat.

Die Hauptversammlung zu Königshütte legte als Grundlagen der Stellenvermittlung fest:

1. Die Stellenvermittlung wird errichtet nur für die Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker.
2. Das Institut soll keine Erträge liefern, aber im Wesentlichen seine Kosten selbst decken.
3. Die Stellenvermittlung wird der Geschäftsstelle angegliedert.

Schon im vorigen Jahre¹⁾) hob die Geschäftsstelle hervor, dass der Grund für den geringen Erfolg der Stellenvermittlung darin zu suchen sei, dass die Basis, auf welcher

¹⁾ Zeitschr. angew. Chemie 1901, 977.

die Einrichtung beruhe, nicht breit genug angelegt sei. Die Beschränkung auf die Mitglieder des Vereins begrenzt sowohl den Kreis der Stellengeber, wie den Kreis der Stellen-suchenden, schädigt daher in doppelter Weise.

Die Arbeitgeber der chemischen Industrie sind nur zum Theil als Mitglieder im Verein deutscher Chemiker vertreten. Naturgemäß nimmt nur ein Theil dieser Mitglieder die Hülfe des Vereins bei Vergebungen von Stellungen in Anspruch, wodurch die oben angeführte Beschränkung noch mehr ins Gewicht fällt. Der Kreis der Stellengeber wird dadurch für den Stellen-suchenden nennenswerth beschränkt und verhindert den Stellensucher, sich nur auf die Hülfe des Vereins zu verlassen. Der Stellensucher ist also gezwungen, wenn er mit Hülfe des Vereins eine Stellung sucht, doppelte Ausgaben zu machen, d. h. er zahlt dem Verein noch einen Tribut in einer Zeit, in welcher die zur Verfügung stehenden Mittel zusammengehalten werden müssen. Im Interesse der Stellen-suchenden würde es daher liegen, einen möglichst ausgedehnten Kreis von Stellengebern für die Vermittelung des Vereins zu gewinnen, da dadurch dem Suchenden die grösste Möglichkeit eines Erfolges geboten wird.

Andererseits lässt sich nicht verkennen, dass auch der Stellengeber, welcher den Verein in Anspruch nimmt, geschädigt ist durch die beschränkte Auswahl, welche ihm geboten wird. Der Verein verfügt vor allen Dingen nicht über die jungen Leute, welche das Studium beendet haben und in die Praxis eintreten wollen. Diese jungen Chemiker bedürfen am meisten der Führung und Unterstützung, um möglichst bald in die Praxis einzutreten. Die grösseren Fabriken unserer Industrie bilden die höheren Betriebsbeamten selbst aus, indem sie in der Hauptsache junge Chemiker aufnehmen und dieselben, entsprechend ihrer Beanlagung, weiter befördern. Ist der Verein nicht in der Lage, den Fabrikanten junge Chemiker nachzuweisen, so entzieht er sich die Möglichkeit, für den Nachwuchs in grösseren Fabriken zu sorgen.

Es ist nicht zu verlangen, dass junge Leute gleich nach beendetem Studium in den Verein deutscher Chemiker eintreten, um mit Hülfe des Vereins eine Stellung zu suchen, dagegen ist zu erwarten, dass, wenn der Verein sich bemüht, den jungen Chemikern bei Erlangung einer Stelle behülflich zu sein, der Verein seinen Nachwuchs sichert.

Die Beschränkung der Stellenvermittlung auf die Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker ist daher aufzuheben und

die Stellenvermittlung auf alle Chemiker auszudehnen.

Es ist selbstverständlich, dass der Verein seinen Mitgliedern Vortheile bieten muss, welche für die Nichtmitglieder nicht in Frage kommen. Diese Vortheile können aber nur darin bestehen, dass die Stellenvermittlung des Vereins für die Mitglieder des Vereins kostenlos ist. Dazu ist der Verein sehr wohl in der Lage, wie sich aus der Abrechnung zur Genüge ergiebt. Wer ausserhalb des Vereins steht, kann nicht verlangen, dass der Verein Mittel aufwendet, um Hülfe zu gewähren; es ist daher angebracht, dass er eine Gebühr für die Stellenvermittlung zahlt, welche zum Mindesten die Selbstkosten deckt.

Wird die Stellenvermittlung auf möglichst weite Kreise ausgedehnt, so kann sie erst den vollen Nutzen entfalten, welcher zumeist den Vereinsmitgliedern zu Gute kommen wird.

Die zweite Grundlage der Stellenvermittlung hat zu keinen Ungelegenheiten Veranlassung gegeben, indem das Institut tatsächlich seine Kosten selbst gedeckt hat. Der Vorschuss, welchen die Hauptversammlung zu Königshütte in Höhe von Mk. 500 für die erste Einrichtung der Stellenvermittlung bewilligt hat, ist nur vorübergehend in Anspruch genommen worden. Die geringen Portokosten, welche selbst bei Ausdehnung der Stellenvermittlung auf höchstens 150 Mk. pro Jahr zu schätzen sind, werden wohl zum Theil gedeckt durch die Gebühren der Nichtvereinsmitglieder. Es würde sich aber immerhin empfehlen, wenn der Vorstand aus seinem Dispositionsfond ca. 250 Mk. für die Kosten der Stellenvermittlung überweisen würde.

Die Angliederung der Stellenvermittlung an die Geschäftsstelle ist entschieden von Nutzen gewesen, einmal dadurch, dass die Kosten möglichst verringert wurden, andererseits dadurch, dass die Geschäftsstelle der Stellenvermittlung die geschäftlichen Erfahrungen zur Verfügung stellen konnte.

Die Bestimmungen der Geschäftsordnung für die Stellenvermittlung haben nicht in allen Theilen den Erwartungen entsprochen. Schon aus der ersten Tabelle hat sich ergeben, dass die Erneuerung von Stellengesuchen in den ersten Monaten nach Errichtung der Vermittelung einen sehr grossen Procentsatz der Stellengesuche ausmachte. Dadurch wurde die Benutzung der Stellenvermittlung für den Suchenden bedeutend verteuert. Es wurde daher nach der Hauptversammlung in Dresden durch die Geschäftsstelle der Versuch gemacht, die Stellengesuche während eines halben Jahres zu befördern,

und damit der Erfolg erzielt, dass nunmehr die Erneuerungen in Wegfall kamen. Es dürfte sich also empfehlen, Stellengesuche nicht ein Vierteljahr lang zu befördern, sondern ein halbes Jahr lang. Nebenbei sei bemerkt, dass diese Bestimmung vor allen Dingen Werth hat für Nichtmitglieder des Vereins.

Die Veröffentlichung der Stellengesuche in einer Tabelle dreimal während eines Vierteljahres hat sich nicht bewährt. Abgesehen davon, dass die ständige Veröffentlichung einer langen Liste von Stellensuchenden keinen günstigen Eindruck hervorruft, erscheint dieselbe auch zwecklos, da niemals irgend eine Zuschrift auf Grund der Veröffentlichungen an die Vermittlungsstelle gelangt ist. Ursprünglich war der Zweck dieser Veröffentlichung, auf die Stellenvermittlung aufmerksam zu machen. Dieser Zweck lässt sich aber auf einfachere Weise erreichen.

In der Vorstandsrathssitzung zu Dresden wurde darüber geklagt, dass die Stellenvermittlung zu schematisch behandelt würde, indem ausführliche Lebensläufe, Zeugnissabschriften u. dergl. von der Geschäftsstelle nicht befördert würden. Um hier den ausgesprochenen Wünschen entgegenzukommen, hat die Geschäftsstelle die Stellensuchenden aufgefordert, dem ausgefüllten Formular stets einen ausführlichen Lebenslauf beizufügen, hat auch ihre Bereitwilligkeit erklärt, Zeugnissabschriften zu vervielfältigen und zu befördern.

Diese Einrichtung hat sich bewährt und den Beifall der Stellengeber gefunden.

Es wäre daher § 6 der Geschäftsordnung zu streichen und § 8 in sein Gegenteil zu verkehren.

Um auch den Stellengebern entgegenzukommen, erscheint es angebracht, die Zeit, während welcher dem Stellengeber einlaufende Gesuche übermittelt werden, auf ein Vierteljahr auszudehnen. Auch diese Erweiterung ist während des letzten Jahres im Interesse der Stellensucher befolgt worden.

Die Veröffentlichung der Stellenangebote in der Zeitschrift hat vielfach zu Bewerbungen um die ausgeschriebenen Stellen geführt und muss daher beibehalten werden.

§ 12 der Geschäftsordnung erscheint überflüssig, sobald für die Mitglieder des Vereins die unentgeltliche Stellenvermittlung eingeführt wird.

Der Antrag des Bezirksvereins Sachsen-Anhalt auf Abänderung der Geschäftsordnung für die Stellenvermittlung findet nach dem Vorstehenden im Allgemeinen die Billigung und Zustimmung der Geschäftsstelle, indem die meisten der in dem Antrage ausge-

sprochenen Vorschläge sich schon seit Jahresfrist bewährt haben und es nur darauf ankommt, diese Vorschläge organisch in die Geschäftsordnung einzugliedern.

Wenn der Bezirksverein bei seinen Vorschlägen wieder die Einsetzung einer ständigen Bezirksvereinscommission als Auskunftsstelle ins Auge fasst, so ist in der vorgeschlagenen Fassung gegen diese Einrichtung nichts einzuwenden, da es einmal in das Belieben der einzelnen Bezirksvereine gestellt ist, eine solche Commission zu wählen, während andererseits die Commission nur Auskunft ertheilen darf im Einverständniss mit dem Stellensuchenden.

Die Erhöhung der Gebühren für Nichtmitglieder ist ebenfalls zu billigen aus den früher vorgetragenen Gründen.

Dagegen kann sich die Geschäftsstelle nicht damit einverstanden erklären, etwaige Überschüsse der Stellenvermittlung einer eventuell zu begründenden Hülfskasse des Vereins deutscher Chemiker zu übermitteln, weil die Stellenvermittlung des Vereins eine Einrichtung für sich darstellt, welche ihre Kosten möglichst selbst zu tragen hat. Überschüsse, welche in dem einen Jahr entstehen, können im folgenden Jahre wieder aufgezehrt werden, wodurch der Verein gezwungen würde, Zuschüsse zu leisten.

Die Geschäftsstelle schlägt auf Grund dieser Erwägungen vor, den Antrag des Bezirksvereins Sachsen-Anhalt, soweit er sich auf die §§ 1—12 erstreckt, anzunehmen, dagegen den § 13 in der Fassung des Bezirksvereins Sachsen-Anhalt abzulehnen. Es erscheint angebracht, nach Annahme der Vorschläge zu den §§ 1—12 den Wortlaut des § 13 wie folgt zu fassen:

„Etwa entstehende Überschüsse fließen in einen besonderen Fond, welcher in erster Linie zur Deckung der Ausgaben für die Stellenvermittlung bestimmt ist.“

Im Interesse der Stellenvermittlung erscheint es angebracht, die neue Geschäftsordnung möglichst unverzüglich in Kraft zu setzen, spätestens aber am 1. Juni des laufenden Jahres.

Dr. E. Erdmann: Dem Missstand, der von dem Herrn Vorredner zuletzt geltend gemacht wurde, könnte man dadurch abhelfen, dass man festsetzte: „Sobald eine gewisse Summe als positive Höhe der Activa überschritten wird, ist das überschüssige Geld an die Hülfskasse abzuführen.“

Wenn aber von Seiten des Vorstandes irgend ein Bedenken besteht, die ganze Frage der Stellenvermittlung zu verknüpfen mit der Unterstützungsstätte, so bin ich gerne bereit, diesen Theil des Antrages zurückzuziehen.

Dr. A. Lange: Seitens des Märkischen Bezirksvereins habe ich auszusprechen, dass wir dem Antrage ausserordentlich sympathisch gegenüber stehen. Wir vermissen nur gerade das, worauf Herr Director Lüty hingewiesen hat, dass man nämlich dem Anfänger, der eine Stelle sucht, dies möglichst erleichtert. Er muss sich, selbst nach dem umgeänderten Entwurf, für alle Gruppen melden, also den höchsten Betrag zahlen, der überhaupt von Nichtmitgliedern erhoben wird.

Schon jetzt will ich bemerken, dass dem Märkischen Bezirksverein der § 4, wonach die Bezirksvereine eine Commission als Auskunftsstelle errichten sollen, schwierig ausführbar zu sein scheint. Ausserdem könnte gerade dieser neue Paragraph zu recht unangenehmen Weiterungen führen.

Director F. Russig: Ich möchte im Anschluss an die Ausführungen des Herrn Dr. A. Lange auch bitten, dass die Anfänger, die ihre erste Stellung suchen, noch mehr begünstigt werden, dass wir dieselben, auch wenn sie nicht Mitglieder sind, vollständig vom Beitrag frei lassen.

Bezüglich der Auskunftsstelle theile ich vollständig die Bedenken des Märkischen Bezirksvereins, denn eine solche Auskunftsvertheilung, wenn sie auch nur im Einverständniss mit dem Stellensuchenden stattfinden soll, kann den betreffenden Vorstand oder die Commission manchmal in die peinlichste Verlegenheit bringen.

Dr. A. Lange: Ich möchte beantragen, in § 3 eine neue Gruppe aufzunehmen: „Chemiker für Anfangsstellungen“.

Nachdem Herr Dr. E. Erdmann in dem Antrage des Bezirksvereins Sachsen-Anhalt den § 13 zurückgezogen hatte, wurde der Antrag en bloc gegen eine Stimme angenommen.

Der Antrag des Herrn Dr. A. Lange, eine neue Gruppe: „Anfangsstellung“ in § 3 aufzunehmen, wurde einstimmig angenommen.

Sodann erklärte sich die Versammlung auf Antrag des Geschäftsführers damit einverstanden, die umgeänderte Geschäftsordnung sofort in Kraft treten zu lassen.

c) Gründung einer Hülfskasse für den Gesamtverein.

Director F. Lüty: Nachdem zwischen dem Vorstande des Bezirksvereins Oberschlesien und der Geschäftsstelle im April und Mai 1901 ein kurzer Briefwechsel stattgefunden hatte über die Errichtung einer Unterstützungskasse für den Verein deutscher Chemiker, regte der Vorsitzende des oben erwähnten Vereins Herr Director F. Russig die Frage in der Sitzung des Vorstandsrathes in Dresden am 29. Mai 1901 an, indem er

im Namen seines Bezirksvereins den Antrag stellte:

„Der Verein deutscher Chemiker wolle die Gründung einer Unterstützungskasse für seine Mitglieder in Erwägung ziehen.“

Zur Begründung des Antrages führte Herr Russig aus:

„Mit den Zielen des Vereins deutscher Chemiker, Förderung der Chemie und ihrer Vertreter, übereinstimmend, besteht bereits eine Anzahl von Einrichtungen, welche die Zuwendung wirthschaftlicher Vortheile an die Vereinsmitglieder zum Zwecke haben. Ich erinnere hier an die Verträge mit den Versicherungsgesellschaften, nämlich der Lebensversicherungs- und Ersparnissbank in Stuttgart und der Frankfurter Transport-, Unfall- und Glasversicherungs-A.-G., bei der man sich sogar gegen Einbruchsdiebstahl versichern kann. Ich erinnere an die Vereinbarung mit der Direction des Waarenhauses für deutsche Beamte und schliesslich, last not least, an die jüngste dieser Schöpfungen, die Stellenvermittlung.

In der Entwickelungsweise der Wohlfahrtseinrichtungen ähnlicher Art, welche ja mutatis mutandis bei fast allen wirthschaftlichen Vereinen anzutreffen ist, befindet sich aber vielfach noch die Institution einer Hülfs- oder Unterstützungskasse, welche das Werk der gemeinsamen Interessenbethätigung durch die Krone der Nächstenliebe krönt.

Die Unterstützungskasse soll in denjenigen Fällen eingreifen, wo es in Folge von eintretenden Schicksalsschlägen, wie Krankheit oder längere Stellenlosigkeit, den Mitgliedern nicht möglich ist, ihre Verpflichtungen gegen ihre Familien zu erfüllen oder auch die Aufrechterhaltung der abgeschlossenen Versicherungen zum Besten ihrer Angehörigen durch rechtzeitige Beitragszahlung zu ermöglichen, und schliesslich, wo in Folge von Todesfall bei Mangel anderweitiger Sicherstellung die Angehörigen in Not zurückbleiben.“

Auf dieser Grundlage arbeitet die Hülfskasse des Vereins deutscher Ingenieure, welche für unseren Verein vorbildlich sein wird; diesen Zweck verfolgen auch die bereits vorhandenen Hülfskassen einiger unserer Bezirksvereine. Gerade in jüngster Zeit haben die deutschen Aerzte einen Verband zur Wahrung ihrer wirthschaftlichen Interessen gegründet, dessen erste, namentlich angeführte Einrichtung die einer Unterstützungskasse ist.

Wie im Verein deutscher Ingenieure und im Verbande deutscher Aerzte, so haben wir im Verein deutscher Chemiker die gleiche breiteste Grundlage, die aber auch unbedingt zur Erreichung des guten Zweckes erforder-

lich ist und das Gelingen des Werkes von vornherein sichert. Darum frisch ans Werk! Ich bitte Sie deshalb, die Sache im Vorstandsrath in Erwägung zu ziehen. Heute kann ich den Antrag nicht einbringen, wenn nicht der Vorstand die Dringlichkeit beschliesst."

Allseitig fand die Anregung des Oberschlesischen Bezirksvereins eine sympathische Aufnahme.

Der Vorsitzende des Hauptvereins erklärte im Namen des Vorstandes, dass derselbe sehr geneigt sei, sich mit der Sache zu beschäftigen und den Antrag bei der nächsten Hauptversammlung zur Sprache zu bringen. Eine Überstürzung könne die gute Sache nur schädigen, daher erscheine es zweckmässig, den Antrag nicht als dringlich zu betrachten.

In diesem Sinne fasste der Vorstandsrath Beschluss.

Am 18. October 1901 beschäftigte die Frage der Begründung einer Unterstützungs kasse den Vorstand in Darmstadt, und wurde der Geschäftsführer beauftragt,

„die Bezirksvereine auf das Thema hinzuweisen, Berathungen zu veranlassen und Berichte einzufordern, so dass die Angelegenheit den Vorstandsrath und die Hauptversammlung 1902 beschäftigen könne.“

Nach eingehendem Studium der Hülfskassenfrage, namentlich der Erörterungen, welche in den Jahren 1892 bis 1894 im Verein deutscher Ingenieure bei gleichem Anlass stattgefunden haben, forderte die Geschäftsstelle die sämmtlichen Bezirksvereine am 25. November mittelst Rundschreiben auf, in eine Besprechung der Angelegenheit einzutreten. Die Berichte, welche bis zum 25. Februar 1902 einzureichen waren, sollten vor allen Dingen die folgenden Fragen erschöpfend beantworten:

1. Soll eine Hülfskasse für den gesammten Verein deutscher Chemiker begründet werden, oder erscheint es zweckmässiger, den einzelnen Bezirksvereinen die Gründung von Hülfs- und Unterstützungs kassen zu überlassen?

Bei dieser Fragestellung sollten sich die beiden Alternativen nicht gegenseitig ausschliessen.

2. Soll die Kasse ein vom Verein deutscher Chemiker geleitetes, mit ihm fest verbundenes Unternehmen sein?

3. Soll die Hülfskasse eine Organisation für sich bilden, auf welche der Verein deutscher Chemiker durch seinen Vorstand und Vorstandsrath einen bestimmenden Einfluss ausübt?

Die Fragen 2 und 3 sind so gestellt, dass die Bejahung der einen Frage die Verneinung der anderen zur Folge hat.

4. Sollen sämmtliche Bezirksvereine der Hülfskasse obligatorisch beitreten oder soll den Bezirksvereinen der Beitritt freistehen?

Der Sinn dieser Frage war selbstverständlich dahin aufzufassen, ob die Bezirksvereine obligatorisch mit besonderen Beiträgen der allgemeinen Hülfskasse beitreten, oder ob dieser Beitritt in das Belieben der einzelnen Vereine gestellt werden sollte.

Das Schreiben der Geschäftsstelle hat eine äusserst rege Besprechung der Hülfskassenfrage in den Bezirksvereinen, die zum Theil besondere Commissionen mit der Bearbeitung der Angelegenheit betrauten, veranlasst. Mit Ausnahme eines Bezirksvereins haben sämmtliche Vereine die Antworten, welche häufig in erschöpfender Weise die Fragen behandeln und ein höchst werthvolles Material für die spätere Commissionsberathung bieten, der Geschäftsstelle eingesendet.

Am 23. October 1893 fasste der engere Vorstand der deutschen Gesellschaft für angewandte Chemie in der Vorstandssitzung in Leipzig den Beschluss,

„dass es wünschenswerth sei, die Fürsorge der Gesellschaft nicht nur auf die angewandte Chemie, sondern auch auf deren Vertreter zu erstrecken.“

Damit setzte sich der Vorstand in Widerspruch mit den Ansichten, welche noch auf der Hauptversammlung in Stuttgart im Jahre 1889 ausgesprochen worden waren, woselbst ein Eingehen auf materielle Fragen abgelehnt wurde, bahnte aber zugleich den Weg zu den erweiterten Aufgaben, welche die Förderung der Wissenschaft durch eine Förderung ihrer Vertreter zu erreichen sucht. Während der Verein im October 1893 860 Mitglieder hatte, ist inzwischen seine Mitgliederzahl auf ca. 2700 gestiegen, ein Beweis dafür, dass diese Erweiterung der Ziele und Aufgaben den Verein mächtig hat erstarken lassen, so dass er nunmehr befähigt ist, die Pflege der idealen Bestrebungen erst recht in die Hand zu nehmen. Die Fürsorge für die materiellen Bedürfnisse der Mitglieder, wie dieselbe durch den Abschluss von Verträgen mit der Lebensversicherungsbank, der Unfallversicherungsgesellschaft, dem Waarenhaus, sowie durch die Errichtung der Stellenvermittlung betätigt wurde, hat die Pflege der idealen Ziele nicht beschränkt, den Verein also nicht in die Bahn eines rein wirtschaftlichen Interessenvereins gedrängt. Die schon bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen des Vereins haben eine wesentliche Stärkung des Gemeinsinnes der Mitglieder zur Folge gehabt, die Hinzufügung einer neuen, aus dem Bewusstsein der Zusammengehörigkeit hervorgehenden Einrichtung wird ein neues Bindeglied

schaffen zwischen dem Verein und seinen Mitgliedern.

Die Hauptversammlung in Stuttgart 1889 konnte eine Unterstützungskasse nicht als ein Bedürfniss ansehen.

„Es erscheine vielmehr einer deutschen Gesellschaft für angewandte Chemie wenig würdig, eine Unterstützungskasse zu haben, da hierdurch gewissermaßen die Unterstützungsbedürftigkeit der Mitglieder ausgesprochen würde.“ Später wurde sogar ausgesprochen, dass ein Mitglied unserer Gesellschaft nicht unterstützungsbedürftig werden dürfe, dass der Empfang einer Unterstützung nicht selten der erste Schritt zum Bettler sei.

Vergleichen wir mit diesen Aeusserungen die Ziele, welche Director Russig der Unterstützungskasse setzt! —

Der Berichterstatter des Oberrheinischen Bezirksvereins, Herr Hofrath Dr. H. Caro führt zutreffend aus:

„In den Bestrebungen, Wohlfahrtseinrichtungen zu schaffen, darf man aber auch nicht zu weit gehen. Es ist erforderlich, den guten Zweck mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und den zur Erreichung eines derartigen Zweckes bereits in dem engeren Kreise unserer Bezirksvereine vorhandenen bewährten Einrichtungen in Einklang zu bringen. Es dürfte daher — wenigstens auf absehbare Zeit hinaus — nicht etwa an die Gründung einer auf Gegenseitigkeit beruhenden Versicherung gegen den unerwarteten Eintritt von Erwerbslosigkeit gedacht werden, oder an die Errichtung einer Kranken- oder Sterbekasse, oder einer Pensionskasse für die Witwen und Waisen unserer Vereinsmitglieder, mit einem Wort, eine Organisation, die sich durch die Beiträge aller Vereinsmitglieder selbst erhält und dafür Jedem den Anspruch auf ausgiebige und standesgemässse Unterstützung im Bedürfnissfalle gewährt. Eine derartige Fürsorge muss dem Einzelnen überlassen bleiben, dem dazu entsprechende Wohlfahrtseinrichtungen, oftmals schon in seinem engeren Berufskreise, zur Verfügung stehen. Von Vereinswegen kann nur, mit Hinblick auf den noch sehr bescheidenen Vermögensstand und auf die Aussichtslosigkeit, alle Mitglieder zu den erforderlichen grossen Beisteuern zwangsmässig heranzuziehen, an freiwillige gelegentliche Aushilfe in besonders dringenden Notlagen gedacht werden. Damit lässt sich bereits sehr viel Gutes stiften. Vorläufig muss es genügen, wenn der Verein eine jährlich zu bestimmende Summe in seinen Haushaltungsplan einsetzt für den Zweck der Hülfskasse.“

Behält man diese weise Beschränkung der Ziele für die neuzubegründende Hülfs-

kasse im Auge, dann treten die Bedenken zurück, welche sich in den Urtheilen der Bezirksvereine Hannover, Mittelfranken und Württemberg finden.

Der Bezirksverein Hannover schreibt:

„Nach voraufgegangener Commissionsberathung und eingehender Besprechung in der Vereinsitzung am 5. Februar 1902 ist der Bezirksverein der Ansicht, dass die Gründung einer Hülfs- und Unterstützungskasse wohl angebracht sei. Trotzdem lehnt der Bezirksverein den Antrag vorläufig ab, weil nach seiner Ansicht die geringen Mittel, welche zur Zeit sowohl dem Hauptverein wie auch den Bezirksvereinen zur Verfügung stehen, eine einigermaassen erfolgreiche Unterstützung nicht gestatten und eine Erhöhung der Jahresbeiträge zur Zeit unangebracht ist, namentlich für Gründung eines Fond für Unterstützungen.“

Der Bezirksverein Mittelfranken fasst sein Votum wie folgt zusammen:

„Der Verein steht der Gründung von Hülfskassen sympathisch gegenüber, ist jedoch der Ansicht, dass eine derartige Institution lediglich Sache des Hauptvereins und nicht der Bezirksvereine sei, sowie dass zunächst ein grösseres Capital, das entweder durch freiwillige Spenden der am meisten interessirten Fabriketablissements oder durch Ansammlung der zu diesem Zweck von den Mitgliedern erhobenen Sonderbeiträge während einer Reihe von Jahren gebildet worden ist, zur Verfügung stehen soll. Hierbei geht der Verein von der Erwägung aus, dass mit kleinen Beiträgen in der Regel nichts erreicht wird, sei es, dass es sich um Darlehen zur Wiederaufnahme oder Fortführung eines unverschuldeten Weise in Notlage gerathenen Geschäftsbetriebes oder um Unterstützung Einzelner oder deren Familien handelt.“

Endlich schreibt der Bezirksverein Württemberg:

„So sehr wir auch das Menschlichschöne und Edle einer solchen Anregung begreifen, und so erstrebenswerth wir die Errichtung einer Hülfskasse halten, so musste sich der Bezirksverein bei den geringfügigen Mitteln, über die er verfügt, doch sagen, dass eine solche Einrichtung von Seiten des Bezirksvereins nicht getroffen werden kann. Aber auch den Hauptverein halten wir in finanzieller Beziehung noch nicht für kräftig genug, um sich auf ein solches Unternehmen einzulassen. Wir sind daher der Ansicht, dass man die Fürsorge für unsere Mitglieder im Falle hereinbrechenden Unglücks und Verdienstlosigkeit jedem Einzelnen überlassen muss und dass man vorläufig nichts Besse-

res thun kann, als unsere Mitglieder auf die Selbstversicherung bei soliden Gesellschaften hinzuweisen."

Die Satzungen des Vereins legen die Pflichten fest, welche die Mitglieder übernehmen, wenn sie in den Verein eintreten, bestimmen aber auch die Rechte, welche ihnen zustehen. Eine Erweiterung oder Beschränkung der Pflichten und Rechte kann daher nur eintreten, wenn die Satzungen in entsprechender Weise geändert werden. Der Verein besitzt daher kein Mittel, seine Mitglieder zu zwingen, Beiträge aufzubringen, welche in den Satzungen nicht vorgesehen sind; ebensowenig können Mitglieder gezwungen werden, einer vom Verein errichteten Organisation beizutreten, oder sich ihrer zu bedienen, mag ihr Zweck noch so sehr den Interessen der Mitglieder entsprechen.

Noch viel weniger können die Bezirksvereine unter den jetzigen Satzungen verpflichtet werden, einer allgemeinen Hülfskasse beizutreten und für dieselbe Aufwendungen zu machen.

Eine Änderung der Satzungen, welche dahin zielt, die Bezirksvereine zwangsweise der zu begründenden Hülfskasse zuzuführen, würde aber einen schweren Eingriff in das gegenwärtige freie Selbstbestimmungsrecht der Bezirksvereine bedeuten und in hohem Grade bedenklich sein. Es bleibt daher nur übrig, dass es den Bezirksvereinen wie den Mitgliedern freistehen muss, der neuen Wohlfahrtseinrichtung beizutreten.

Ebenso wie die Commission des Vereins deutscher Ingenieure im Jahre 1894 muss daher auch unser Verein den Grundsatz proclamiren:

„Kein Mitglied und kein Bezirksverein soll gezwungen werden, oder verpflichtet sein, sich an der zu begründenden Hülfskasse zu beteiligen.“

Dem Verein deutscher Chemiker, d. h. der Gesamtheit seiner Mitglieder darf durch die Begründung der Hülfskasse keine dauernde Verpflichtung materieller oder moralischer Art auferlegt werden. Dieses würde aber sofort eintreten, wenn die Hülfskasse organisch mit dem Verein verbunden würde.

Es ist daher vorzuziehen, dass die Hülfskasse ein Unternehmen für sich bildet, welches allerdings vom Verein deutscher Chemiker ins Leben gerufen und von ihm durch Bewilligung eines freiwilligen Jahresbeitrages unterstützt wird, das aber möglichst unverbindlich für den Hauptverein ist und durch ein Curatorium verwaltet wird.

Da der Hauptverein für die allgemeine Hülfskasse Mittel aufwenden soll, muss ihm Gelegenheit gegeben werden, die Geschäftsführung der Kasse zu beaufsichtigen. Diese Aufsicht kann ausgeübt werden dadurch, dass das Curatorium der Kasse alljährlich dem Vorstand einen ausführlichen Bericht erstattet. Der Vorstand berichtet dann wieder an den Vorstandsrath über die Verhältnisse und die Entwicklung des Unternehmens und stellt und begründet den Antrag auf Gewährung von Zuschussmitteln. An die Bewilligung dieses Zuschusses können Bedingungen geknüpft werden, wodurch der Einfluss auf die Geschäftsführung der Hülfskasse gesichert erscheint.

Die Hülfskassen der Bezirksvereine, welche schon gegründet sind oder noch gegründet werden, sollen nicht berührt werden von der Gründung der Kasse des Hauptvereins. Der Hauptverein kann nicht verlangen, dass bestehende und bewährte Kassen bei der Gründung der Hauptvereinskasse aufgelöst oder dieser angegliedert werden, oder dass die Neugründung von Hülfskassen in den Bezirksvereinen verboten wird, weil dies wieder einen Eingriff in die durch § 20 der Satzungen garantirte Freiheit der inneren Verwaltung der Bezirksvereine, wozu die Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen gehört, bedeuten würde. Der Schwerpunkt der Hülfeleistung muss, wie der Berliner Bezirksverein richtig ausführt, in den Bezirksvereinen liegen, da diese die Bedürftigkeit besser beurtheilen und die Hülfe rascher leisten können, denn: „bis dat qui cito dat.“

Es ist daher mit Freuden zu begrüssen, wenn die einzelnen Bezirksvereine dazu übergehen, für ihre Districte Kassen zu begründen, und soll der Hauptverein dieses Vorhaben in jeder Weise unterstützen.

Der Bezirksverein Oberrhin charakterisiert die Notwendigkeit von Hülfskassen der Bezirksvereine und des Hauptvereins sehr treffend, wenn er schreibt:

„Es kann die Gründung einer Hülfskasse des Hauptvereins selbst in dem Falle nicht für zwecklos erklärt werden, wenn bereits in sämtlichen Bezirksvereinen die Gründung eigener Kassen erfolgt wäre, denn nicht alle Mitglieder des Gesamtvereins sind zugleich auch Mitglieder von Bezirksvereinen. Der Hülfskasse des Gesamtvereins würde zunächst die Fürsorge für die keinem Bezirksverein angehörigen Vereinsgenossen zufallen. Ihre weitere hauptsächlichste Aufgabe würde darin zu suchen sein, dass sie den Hülfskassen der einzelnen Bezirksvereine die ihr aus den Jahresbeiträgen des Gesamtvereins, aus freiwilligen Beiträgen einzelner Mitglieder und der Bezirksvereine, aus Schenkungen und Vermächtnissen, sowie aus zurückgezahlten Darlehen

und aus Zinsen zufliessenden Mittel in planmässiger Weise zuführen und mit und unter diesen einzelnen Hülfskassen einen auf das gleiche Interesse gerichteten Verband herzustellen. Das Wesen dieses Verbandes ist so gedacht, dass die Unterstützung eines hülfsbedürftigen Vereinsgenossen möglichst eine Vertrauenssache des ihm am nächsten stehenden Vereinskreises bleiben und daher durch die Hülfskasse seines eigenen Bezirksvereins und erst in Ermangelung einer solchen Kasse direct durch die Hülfskasse des Gesamtvereins erfolgen soll. Letztere soll möglichst nur als eine mit der Zeit anwachsende Reserve für die Bedürfnisse der einzelnen Verbandskassen beansprucht werden. Zwischen den einzelnen Kassen soll vertrauliche Auskunftserteilung und sonstiges zweckdienliches Zusammengehen vereinbart werden."

Der Oberrheinische Bezirksverein denkt sich also das Verhältniss der Einzelkassen zur Hauptkasse gestaltet wie dasjenige der Centralgenossenschaftskasse zu den Darlehnskassen der einzelnen Genossenschaften, während der Märkische Bezirksverein es für erstrebenswerth hält, dass die für jeden Bezirksverein zu begründenden Hülfskassen zu der Kasse des Hauptvereins in einem ähnlichen Verhältniss stehen, wie die Bezirksvereine zum Gesamtverein.

Es ist wohl als selbstverständlich zu betrachten, dass die einzelnen Hülfskassen der Hauptkasse sowie unter sich Mittheilung von jedem eingelaufenen Unterstützungsgesuch machen, um zu erfahren, ob der Gesuchsteller schon durch die Hauptkasse oder eine Bezirksvereinhülfskasse unterstützt worden ist. Weiter ist es erforderlich, dass auch in gleicher Weise von der Art der Erledigung eines Antrages den übrigen Kassen Kenntniss gegeben wird.

Im Allgemeinen sollen Unterstützungen nur in Form von niedrig verzinslichen Darlehen gewährt werden, doch soll es natürlich der Verwaltung der Kasse überlassen bleiben, solche Darlehen niederzuschlagen, wenn sich z. B. nach 2 Jahren herausstellt, dass der Schuldner nicht in der Lage ist, das Darlehen zurückzuzahlen. Es erscheint zweckmäßig, dem Curatorium einen weiten Spielraum zu lassen bezüglich Beantwortung der Frage, in welchen Fällen unterstützt werden darf. Das Curatorium soll in der Lage sein, auch verzinsliche Darlehen zu geben, wenn Mitglieder in dringender Geldverlegenheit sind.

Nur ausnahmsweise sollen auch Chemiker, die nicht Mitglieder des Vereins sind, Unterstützung erhalten können.

Wenn wir nun die Mittel betrachten, welche für die Errichtung einer Hülfskasse

in Frage kommen, so ist natürlich in erster Linie der Beitrag des Hauptvereins in Erwägung zu ziehen. Schon wiederholt wurde darauf hingewiesen, dass der Hauptverein nicht in der Lage ist, einen bestimmten gleichmässigen Betrag für die Hülfskasse auf Jahre hinaus auf Grund eines einmaligen Beschlusses festzulegen. Von Jahr zu Jahr muss der Hauptverein in der Lage sein, an der Hand eines begründeten Antrages des Hülfskassencuratoriums und in Berücksichtigung seiner eigenen finanziellen Lage zu prüfen, welchen Beitrag er bewilligen will und kann. Es ist daher undenkbar, dass Vorschläge in Betracht gezogen werden, wie solche von den nachfolgenden Bezirksvereinen gemacht werden:

Der Bezirksverein Berlin schlägt vor, jährlich je 3,00 Mark oder einen Theil dieses Beitrages von den Vereinsbeiträgen derjenigen Mitglieder, welche keinem Bezirksverein angehören, der Hauptvereinhülfskasse zu überweisen.

Der Märkische Bezirksverein möchte einen bestimmten Grundstock für die allgemeine Kasse dadurch schaffen, dass der Hauptverein aus den Mitgliederbeiträgen für jedes Mitglied etwa je eine Mark in die allgemeine Unterstützungskasse zahlt. Ob es dabei erforderlich ist, diesen Betrag von dem jährlich an die Bezirksvereine abzuführenden Anteil der Mitgliederbeiträge (§ 7) in Abzug zu bringen, muss der Hauptverein je nach Umständen selbst ermessen.

Sachsen-Thüringen wünscht, dass der Hauptverein der Unterstützungskasse durch einen Collectivbeitrag die Mittel gewähren, dass diese Summe auf die Bezirksvereine nach Maassgabe der Mitglieder vertheilt werden soll und eventuell die Bezirksvereine ganz oder theilweise auf die Überweisungen des Hauptvereins verzichten sollen.

Die Bezirksvereine können nicht gezwungen werden, auf einen Theil der Überweisungen zu verzichten, dagegen kann der Gesamtverein den Wunsch aussprechen, die Bezirksvereine möchten dadurch die Zwecke der allgemeinen Hülfskasse fördern, dass sie derselben freiwillige Beiträge zuwenden.

Die übrigen Einnahmen, welche für die Kasse des Hauptvereins in Betracht kommen, sind schon bei Wiedergabe der Auslassungen des Oberrheinischen Bezirksvereins aufgezählt worden.

Möge sich die Hoffnung begründet erweisen, dass aus den Bezirksvereinen recht zahlreiche Beiträge einlaufen, dass namentlich auch viele Einzelmitglieder der Kasse ein so lebhaftes Interesse entgegenbringen, um durch persönliche freiwillige Jahres-

beiträge oder einmalige Schenkungen die Zwecke der Kasse zu fördern!

Nachdem die Grundsätze dargelegt wurden, welche bei der Gründung einer Unterstützungskasse erörtert werden müssen, wenden wir uns den Antworten zu, welche die Bezirksvereine auf die vorgelegten Fragen ertheilt haben.

Von den 18 Vereinen, welche geantwortet haben, scheidet der Bezirksverein New York aus, da von ihm Material für die Beantwortung der gestellten Fragen nicht beigebracht wurde. Der Verein schreibt:

„Eine Unterstützungs- und Hülfskasse hat für unsere amerikanischen Mitglieder gar kein Interesse, da das amerikanische Versicherungssystem dem deutschen überlegen zu sein scheint. Es war daher unmöglich, ein Mitglied des Bezirksvereins für die Angelegenheit zu interessiren“.

Die Antworten der übrigen Vereine klingen in hohem Grade sympathisch für die Errichtung der Hülfskasse.

Frage 1.

Die Bezirksvereine Hannover, Mittelfranken und Württemberg erklären, wie schon früher erwähnt, die Gründung einer Hülfskasse für wünschenswerth, halten aber die Zeit für noch nicht gekommen, mit der Errichtung vorzugehen, es sei denn, dass ein grösserer Fond vorher angesammelt würde. Immerhin sprechen sie sich für die Gründung durch den Hauptverein aus.

Die übrigen 14 Bezirksvereine sind mit der Errichtung einer Hülfskasse durch den Hauptverein einverstanden, wobei Belgien, Rheinland-Westfalen, Saar, Sachsen-Anhalt und Sachsen-Thüringen möglichst die Kassen der Bezirksvereine ausgeschlossen wissen wollen, während Berlin, Oberrhein und der Märkische Bezirksverein für die gleichzeitige Begründung von Bezirksvereinhülfskassen eintreten.

Die erste Frage ist daher von sämtlichen Vereinen einmütig bejaht worden.

Frage 2.

Bei Beantwortung dieser Frage sprechen die Bezirksvereine Frankfurt, Pommern, Rheinland, Saar, Sachsen-Anhalt und der Märkische Bezirksverein den directen Wunsch aus, dass der Verein die Leitung der Kasse übernehmen sollte, während Belgien, Berlin, Hamburg, Mittel- und Niederschlesien, Oberrhein, Oberschlesien, Rheinland-Westfalen und Sachsen-Thüringen dafür eintreten, dass die Kasse unabhängig von dem Vereine bestehe.

Wie sich aus den Antworten der Vereine Pommern und Rheinland bei der Beantwortung der Frage 3 ergiebt, liegt wahrscheinlich bei der Antwort zu 2 insofern ein Miss-

verständniss vor, als diese Vereine wünschen, dass der Hauptverein einen bestimmenden Einfluss auf die Kasse ausüben soll.

Die Mehrzahl der Vereine wünscht also keine directe Angliederung der Hülfskasse an den Hauptverein.

Frage 3.

Entsprechend der Beantwortung der Frage 2 treten die Vereine Frankfurt, Saar, Sachsen-Anhalt und der Märkische Bezirksverein dafür ein, dass die Unterstützungskasse eine selbständige Organisation nicht sein soll, während Belgien, Berlin, Hamburg, Mittel-Niederschlesien, Oberrhein, Oberschlesien, Rheinland-Westfalen und Sachsen-Thüringen für eine selbständige Organisation eintreten. Auch die Vereine Pommern, Mittelfranken und Rheinland bejahen Frage 3.

Die Majorität tritt also für eine selbständige Hülfskasse ein, auf welche der Hauptverein einen bestimmenden Einfluss ausübt.

Frage 4.

Die Vereine Belgien, Frankfurt, Ober-schlesien, Rheinland, Saar, Sachsen-Anhalt und der Märkische Bezirksverein treten für obligatorischen Beitritt der Bezirksvereine zur Kasse ein, während Berlin, Mittelfranken, Oberrhein, Pommern, Rheinland - Westfalen und Sachsen-Thüringen den Beitritt in das Ermessen des betreffenden Vereins gestellt wissen wollen.

Der Hamburger Bezirksverein wünscht, dass jedes Mitglied des Vereins deutscher Chemiker einer Hülfskasse obligatorisch beitreten soll.

Die Beantwortung dieser Frage ergiebt, dass die Meinungen für obligatorischen und freiwilligen Beitritt in ziemlich gleicher Weise vertreten sind.

Um die Meinungsverschiedenheiten, welche sich bei der Rundfrage ergeben haben, zu klären und den Entwurf zu einem Statut für die „Hülf- und Unterstützungskasse deutscher Chemiker“ auszuarbeiten, beantrage ich:

„Der Verein möge eine Commission von 5 Mitgliedern erwählen, welche die Frage der Errichtung einer Hülfskasse an Hand der Beschlüsse der Bezirksvereine einem eingehenden Studium unterwirft und der Hauptversammlung im Jahre 1903 Bericht über ihre Arbeit erstattet, beziehungsweise ihre Anträge unterbreitet.“

Im Namen des Vorstandes beantrage ich in die Commission zu entsenden die Herren Hofrat Dr. H. Caro, Mannheim, Dr. E. Erdmann, Halle, Dr. H. Göckel, Berlin, Director F. Russig, Schwientochlowitz und Dr. M. Ulrich, Elberfeld..

Director F. Russig: Die Verschiedenheit in den hier kundgegebenen Antworten ist meiner Ansicht nach mehr eine formelle. Ich habe durch Zuschriften verschiedener Herren von anderen Bezirksvereinen, denen wir unseren Beschluss mitgetheilt haben, gesehen, dass sie, obgleich sie eine andere Antwort gegeben haben wie wir in Oberschlesien, doch eigentlich ganz dasselbe gemeint haben. Es herrscht also nicht diese Divergenz, die der Herr Geschäftsführer aus dem Wortlaut der Antworten abgeleitet hat. Die Commission wird meiner Ansicht nach sehr leichte Arbeit haben, um diese scheinbar divergirenden Ansichten unter einen Hut zu bringen.

Bezüglich der Aufbringung der Beiträge sind die Vorschläge, soviel ich weiss, auch zum grossen Theil so gemacht worden, dass jeder Bezirksverein einen bestimmten Betrag von den Rückvergütungen des Hauptvereins für diesen Zweck reserviren will. Ich möchte dann meinerseits noch den Antrag stellen, dass auch der Hauptverein der Kasse insofern eine Zuwendung macht, als die Rückvergütung derjenigen Mitglieder, die keinem Bezirksvereine angehören, dieser Hülfskasse überwiesen werde, und ich hoffe, dass die Herren alle zustimmen werden.

Director F. Lüty: Ich möchte Sie bitten, bezüglich der Beiträge nichts festzulegen. Nach meinem Dafürhalten dürfen wir weder ein Mitglied, noch einen Bezirksverein zwingen, irgend etwas zu thun, was ausserhalb unserer Satzungen liegt. Wenn der Bezirksverein Oberschlesien freiwillig eine Gabe von 3000 Mark zur Verfügung stellen will, so werden wir hocherfreut darüber sein, aber wir dürfen weder ihn, noch einen anderen Bezirksverein zwingen, sei es durch Beschluss des Vorstandes, oder des Vorstandsrathes, oder der Hauptversammlung, auch nur einen Pfennig von der ihm satzungsmässig zustehenden Vergütung preiszugeben.

Vorsitzender: Der Vorstand möchte Ihnen vorschlagen, in dem Antrage des Herrn Geschäftsführers eine kleine Änderung eintreten zu lassen, dahingehend: „Eine Commission von 5 Mitgliedern zu wählen, welche zusammen mit dem Vorstand die Frage der Hülfskasse einem eingehenden Studium unterwirft“.

Der Vorstand hat nach der Berathung der Commission noch in der Angelegenheit Beschluss zu fassen; durch unsern Vorschlag wird die Sache wesentlich erleichtert werden.

Die Versammlung stimmt dem Vorschlage des Vorsitzenden zu und beschliesst, der Hauptversammlung die Wahl der vorgeschlagenen 5 Mitglieder zu empfehlen.

d) Gebührenordnung.

Vorsitzender: Die Frage der Gebührenordnung ist eigentlich, soweit der Verein sich damit zu befassen hat, erledigt. Das Reichsgesundheitsamt hat das kleine Heftchen herausgegeben: „Entwurf von Gebührensätzen für Untersuchungen von Nahrungs- und Genussmitteln, sowie Gebrauchsgegenständen im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes vom 14. Mai 1879“.

Das Referat über diese Frage wird morgen Herr Prof. Dr. Hintz übernehmen, da er in hervorragendem Maasse an der Ausarbeitung dieses Tarifes mitgearbeitet hat. Ich möchte nur die erfreuliche Thatsache constatiren, dass in den Vorbemerkungen gedruckt steht, dass unter den 7 Herren, die den Ausschuss zur Behandlung dieser Frage bildeten, zwei Mitglieder ausdrücklich als Vertreter des Vereins deutscher Chemiker aufgeführt sind: Herr Hofrath Dr. H. Caro und später nach seinem Rücktritt vom Vorsitz Herr Medicinalrath Dr. E. A. Merck und Herr Prof. Dr. Hintz, Wiesbaden.

Ich möchte ferner erwähnen, dass als wesentliche Errungenschaft, wenn diese Vorschläge Rechtskraft erlangen, die Thatsache zu verzeichnen ist, dass als Betrag der Entschädigung an den Sachverständigen für eine örtliche Besichtigung oder für Arbeiten an Ort und Stelle im Allgemeinen 5 M. für die Stunde als angemessen erachtet sind, worin die durch die Reise erwachsenen baaren Ausgaben nicht eingeschlossen sind. Ob die Gerichte diese Feststellung anerkennen werden, ist freilich fraglich.

Wir aber wollen den Herren, die sich in dieser Sache bemüht haben, Herrn Prof. Dr. Hintz, Herrn Hofrath Dr. H. Caro und Herrn Medicinalrath Dr. E. A. Merck unseren Dank abstellen.

Th. Kyll: Die Frage der gerichtlichen Gebühren wird durch die Arbeit der Commission nicht berührt und die Gerichte sind häufig nicht in der Lage, solche Forderungen anzuerkennen. Die Gebührentarife für gerichtliche Sachen werden zum Theil geordnet nach der Gebührenordnung vom 30. Juli 1873, deren Bestimmungen sicherlich für heutige Verhältnisse nicht passen. Jedenfalls wäre es wünschenswerth, wenn diese Gebührenordnung zeitgemäss umgeändert würde.

Regierungsrath Dr. A. Lehne: Ich halte es für sehr wünschenswerth, der Anregung, die der Herr Vorredner gegeben hat, insofern Folge zu geben, dass unser Vorstand ermächtigt wird, diese ausgearbeiteten Tarife dem Justizministerium vorzulegen, um dessen Stellung kennen zu lernen. Ich glaube, dass das

der erste Weg wäre, die Frage ins Rollen zu bringen.

Dr. A. Langfurth: Ich möchte das unterstützen, was Herr Regierungsrat Dr. A. Lehne soeben angeregt hat; wir sollten den Herrn Justizminister bitten, auf Grund seiner Rückfrage bei den Landgerichten die Gebührenfrage an der Hand des vorliegenden Entwurfes zu regeln. Dieser Entwurf sollte eine Norm für die Gerichte bilden und für alle Einzeluntersuchungen. Es erscheint mir die Zeit gekommen, dass wir endlich die Beschränkung des Gesetzes aus dem Anfang der 70er Jahre beseitigen.

Vorsitzender: Der Vorstand wird der Anregung, die von Seiten des Vorstandsrathes an ihn herangetreten ist, gerne Folge geben und mit dem Justizminister in Verhandlungen treten. Die Hauptarbeit ist jetzt gethan, das Fundament für weitere Verhandlungen gelegt. Auf diesem Fundament können wir aufbauend dahin streben, dass wir nicht nur diese Gebührensätze durchsetzen, sondern auch weitergehen, um für die sonstigen, von den Herren Vorrednern bezeichneten Arbeiten eine entsprechende Regelung bei den Regierungen zu bewirken.

[Fortsatzung folgt.]

Kritisches über die physikalische Analyse der Mineralquellen.

Von Dr. Max Roloff, Privatdozent für physikalische Chemie a. d. Universität Halle.

Die physikalische Analyse der natürlichen Mineralwässer ist gegenwärtig sehr in Aufnahme gekommen, besonders durch die Arbeiten von Dr. H. Koepp-Giessen. Im Grunde wäre es freilich nicht nothwendig, von einem Quellwasser, dessen chemische Zusammensetzung bekannt ist, durch besondere Messungen auch die physikalischen Eigenschaften, wie Gefrierpunkt und elektrische Leitfähigkeit festzustellen, da diese aus der chemischen Analyse ohne Weiteres mit genügender Sicherheit berechnet werden können. Es ist aber die Meinung verbreitet, dass ein natürliches Quellwasser sich von einem nach derselben Analyse identisch hergestellten Kunstproducte dennoch wesentlich durch seine physikalischen Eigenschaften unterscheidet — selbstverständlich immer zu seinem Vortheil in Hinsicht auf die therapeutische Verwendung. Dr. Axel Winckler, kgl. Brunnenarzt in Bad Nenndorf, vertritt¹⁾ z. B. die Ansicht: „dass die in den Heilquellen vorhandenen Substanzen nicht, wie man bisher angenommen hat, als gelöste Salze, sondern als deren elektrisch dissocierte Elemente, als Ionen, darin vorhanden seien, mithin in anderem Lichte erscheinen würden, als die in elektrischer Beziehung ganz indifferenten Moleküle simpler Salzgemische. Das „quid divinum“, das nach der Meinung der alten Brunnenärzte in den Heilquellen lebt, es ist vielleicht die Summe dieser elektrischen Kräfte, die darin thätig sind. Was kümmert sich aber der Chemiker um die räthselhaften

physikalischen Eigenschaften der Mineralwässer!“

Es ist ganz unverständlich, dass Dr. Axel Winckler, der mit solcher Emphase für die Ionentheorie eintritt und den Namen van't Hoff's citirt, nicht wissen sollte, dass die elektrolytische Dissociation der Salzmoleküle gerade zuerst an „simpelen Salzgemischen“ und nicht an natürlichen Heilquellen entdeckt und studirt worden ist.

Einigen Brunnenverwaltungen kommen aber derartige Behauptungen als wirksame Reklame natürlich wie gerufen, und in ihren Prospecten schreiben sie denn auch getreulich die Äusserungen des Herrn Dr. Axel Winckler ab, indem sie Jedem, der die Existenz von Ionen auch in den künstlichen Mineralwässern anzunehmen sich erdreistet, eine „Irreführung des Publicums“ energisch vorwerfen. Von diesem Gesichtspunkte aus macht es dann auf das Laienpublicum natürlich einen sehr bestechenden Eindruck, wenn für die „divinen“ Eigenschaften der Gefrierpunktserniedrigung und der elektrischen Leitfähigkeit der Heilquelle — die der böse Concurrent, der Mineralwasserfabrikant, trotz aller sorgfältigen Brunnenanalysen angeblich nicht nachmachen kann — auch sehr gelehrt aussehende „physikalisch-chemische“ Analysen mit zahlenmässigen Belegen beigebracht werden.

Dr. H. Koepp-Giessen bezeichnet²⁾ ferner die physikalische Untersuchung als eine „nothwendige Ergänzung der chemischen Analyse“ und behauptet³⁾ sogar, dass durch sie „Mengen, für welche die chemische Waage nicht ausreicht“, nachweisbar sind. Ja! Die physikalische Analyse

¹⁾ Vortrag 8. Oct. 1892 in Kösen: „Zur Beschränkung der Mineralwasserfabrikation“. Nürnberg 1892, Verlag d. Balneolog. Zeitung.

²⁾ Arch. Balneotherapie u. Hydrotherapie Bd. I, Heft 8.

³⁾ Therap. Monatsh. 1901, 110.